



Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein

V 6458 E

Bücherei
STATISTISCHE

MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

21. Jahrgang · Heft 4

April 1969

- Grafik des Monats: Landeshaushalt 1969
- Aufsätze: Schweinehaltung
Sozialhilfeempfänger 1964-67
- Kurzberichte: Futterhackfrucht- und Grünmaisbau
Steueraufkommen 1968

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1967/68	1968/69	Veränderung in %	
		Monatsdurchschnitt September bis Januar ¹			
INDUSTRIE²					
Produktionsindex	1958 = 100	151	170	+	13
Beschäftigte	1 000	171	180	+	5
Umsatz ³	Mill. DM	838	1 003	+	20
Geleistete Arbeiterstunden ⁴	Mill. Std.	22	23	+	5
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT					
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	8,3	8,2	-	1
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	2 006	2 114	+	5
HANDEL					
Ausfuhr	Mill. DM	128,8	161,6	+	25
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	120,5	130,2	+	8
VERKEHR					
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	4 823	4 965	+	3
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)					
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962 = 100	106,2	105,4	-	1
Preise ausgewählter Grundstoffe	1958 = 100 ^a	103,4	101,4	-	2
Erzeugerpreise					
industrieller Produkte	1962 = 100 ^a	103,6	99,5	-	4
landwirtschaftlicher Produkte	1961/63 = 100 ^a	101,4	103,6	+	2
Lebenshaltung ⁵					
insgesamt	1962 = 100	114,4	116,9	+	2
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	110,9	111,2	+	0
GELD UND KREDIT					
Bestand an					
kurzfristigen Krediten ⁶	Mill. DM	2 249	2 334	+	4
mittel- und langfristigen Krediten ⁷	Mill. DM	7 227	7 922	+	10
Spareinlagen ⁸	Mill. DM	3 954	4 493	+	14
STEUERAUFKOMMEN					
Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer ⁹	Mill. DM	64	58	-	9
Landessteuern ¹⁰	Mill. DM	99	114	+	15
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	51	52	+	3
Lohnsteuer	Mill. DM	66	76	+	16

1) bei "Produktionsindex": September bis Dezember; bei "Verkehr" und "Preise ausgewählter Grundstoffe": August bis Dezember; bei "Geld und Kredit": Juli bis November

2) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten

3) ohne Umsatz in Handelsware, aber zuzügl. Umsatzsteuer

4) einschließlich Lehrlingsstunden

5) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen des alleinvertienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach Verhältnissen von 1962

6) an die Nichtbankenkundschaft

7) an die Nichtbankenkundschaft; einschließlich durchlaufender Kredite

8) Bestand am Monatsende

9) einschließlich Umsatzausgleichsteuer / Einfuhrumsatzsteuer

10) einschließlich Landesanteil an den Einkommensteuern

a) ab Januar 1968 ohne Umsatz(Mehrwert)steuer



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

21. Jahrgang · Heft 4

April 1969

Aktuelle Auslese



Weniger Geborene, mehr Gestorbene

Im Jahre 1968 stieg die Bevölkerung Schleswig-Holsteins um 29 000 Personen und erreichte Ende Dezember 2,53 Mill. Einwohner.

Zu dieser Zunahme trug der Wanderungsgewinn mit 17 300 und der Geburtenüberschuß mit 11 700 Personen bei. 1968 sind 43 800 Kinder geboren worden (1967: 45 400), und 32 200 Einwohner (1967: 29 600) sind gestorben.



769 Tote im Straßenverkehr

Mit 14 877 Straßenverkehrsunfällen ereigneten sich 1968 in Schleswig-Holstein 4 % mehr Unfälle als 1967. Dabei wurden 769 Personen getötet, 6 713 schwer und 13 533 leicht verletzt. Das Unfallgeschehen 1968 war gekennzeichnet durch eine starke Zunahme der verunglückten Insassen von Personenkraftwagen. So wurden 374 Pkw-Insassen getötet – 70 mehr als 1967 –, 3 801 schwer verletzt (+ 245) und 8 785 leicht verletzt (+ 916).



Wieder stärkere Verteuerung der Lebenshaltung

Vor einem Jahr, im Februar 1968, hatte der Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalten mit mittlerem Einkommen im Bundesgebiet 1,2 % über dem entsprechenden

Vorjahresstand gelegen. Dieser Anstieg hing weitgehend mit der Einführung der Mehrwertsteuer zusammen.

Dagegen machte der Indexanstieg 1969 im Februar 2,3 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat aus. Von allen Hauptgruppen der Lebenshaltung haben sich die Mieten bei weitem am stärksten verteuert; der Gruppenindex für Wohnungsmiete kletterte seit Februar 1968 um über 10 % in die Höhe.



Schweinebestand wenig verändert

Im März 1969 wurden in Schleswig-Holstein 1,71 Mill. Schweine gezählt, das sind geringfügig weniger als vor Jahresfrist. Der Zucht-sauenbestand war um 4 % kleiner, der Jung- und Mast-schweinebestand dagegen um 2 % größer als im März 1968.

Mehr Fleisch und Milch

Im Jahre 1968 wurden in den schleswig-holsteinischen Schlachthöfen und Schlachtereien 348 000 Rinder und 2,1 Mill. Schweine inländischer Herkunft geschlachtet. Das Fleischaufkommen aus den genannten Schlachtungen betrug 266 000 t und war damit um 8 % höher als im Jahre 1967. Der Versand lebender Tiere hat weiter abgenommen.

Die Milcherzeugung belief sich 1968 auf 2,18 Mill. t. Das waren 2 % mehr als 1967 und fast ein Zehntel mehr als im Durchschnitt der Jahre 1962 bis 1967.

Aus dem Inhalt

Schweinehaltung

Seite 71

Die Landwirtschaft bezieht reichlich ein Viertel ihrer Erlöse aus dem Verkauf von Schlachtschweinen, rund 650 Mill. DM im Jahr. Die Entwicklung der Schweinehaltung ist typisch für alle wesentlichen Bereiche der Nutztierhaltung in der Nachkriegszeit. Immer weniger Halter verfügen über fast laufend vergrößerte Bestände. Das Schlachtschweineaufkommen kann auf verschiedene Weise errechnet und geschätzt werden; es bewegte sich in den letzten Jahren zwischen 2,4 und 2,7 Millionen Tieren im Jahr. Diese Zahl ist laufend angestiegen. Ein stark wachsender Teil davon wurde im Lande geschlachtet und nicht als Lebendvieh versandt. An der Schlachtschweineproduktion im Bundesgebiet ist Schleswig-Holstein etwa mit einem Zehntel beteiligt. Ein Drittel aller Mastschweine befindet sich in Haltungen, die 3 bis 49 Tiere umfaßten, 40 % in der größeren Haltungsgruppe mit 50 bis 199 Tieren, 25 % in den noch größeren Haltungen. Die Zuchtsauenhaltung und Ferkelmast sind noch stärker in Betrieben zwischen 0,5 und 50 ha LN konzentriert (80 %) als die Mastschweinehaltung (60 %). Für die Zuchtsauenhaltung sind größere Haltungen, etwa ab 10 Tieren, deshalb erwünscht, weil diese sich Nachfrageschwankungen feiner gestuft anpassen können als etwa ein Betrieb mit nur einer Zuchtsau, der seinen Bestand nur aufgeben oder verdoppeln kann. Aufzucht und Mast liegen nicht immer im gleichen Betrieb. 60 % der Schweinehaltungen waren einseitig auf Mast (24 %) oder Zucht (35 %) eingestellt und besaßen 54 % der Mast- und 40 % der Zuchttiere. 18 % aller Haltungen betrieben beide Richtungen in ausgeglichenem Umfang und besaßen je 20 % der Tiere.

Sozialhilfeempfänger 1964-67

Seite 78

Im Rahmen der gesamten öffentlichen Sozialleistungen – Renten-, Kranken- und Unfallversicherungen, Kindergeld, Kriegssopferversorgung, Lastenausgleich, Sozialhilfe – spielen die Ausgaben für Sozialhilfe mit etwa 3 % nur eine geringe Rolle. Immerhin handelt es sich um 113 Mill. DM, die in Schleswig-Holstein 70 000 Hilfeempfängern zugute kommen. Fast zwei Drittel von ihnen waren Frauen, andererseits drei Zehntel minderjährig, vier Zehntel im Alter von 21 bis 64 Jahren und wieder drei Zehntel 65 Jahre alt und älter. 52 000 Personen wurden außerhalb von Anstalten betreut und 19 000 in Anstalten; 1 300 erhielten im Laufe des Jahres 1967 Hilfe in beiden Formen. 37 000 Personen erhielten laufende Hilfe zum Lebensunterhalt und 42 000 Hilfe in besonderen Lebenslagen. Auf 1 000 Einwohner des Landes berechnet erhielten 28 Leistungen der Sozialhilfe. Dieser Wert, die Sozialhilfedichte, war in den kreisfreien Städten mit 39 erheblich höher als in den Kreisen (24) und auch innerhalb dieser beiden Gruppen noch sehr verschieden. Unter den Hilfen in besonderen Lebenslagen, die einen Katalog von mehr als einem

Dutzend Einzelhilfen umfassen, ragte, sofern die Hilfen außerhalb von Anstalten gewährt wurden, die Krankenhilfe hervor (11 000 von 25 000 Fällen). Mit Abstand folgen die Hilfe zur Pflege (5 000), die Tuberkulosehilfe (3 700), die Eingliederungshilfe für Behinderte (2 300) und die Blindenhilfe (2 200). Nach der durchschnittlichen Höhe der Leistung für den einzelnen Empfänger steht die Blindenhilfe mit 2 600 DM voran. Anders ist die Reihenfolge der einzelnen Hilfen, sofern sie in Anstalten gewährt werden (zusammen 18 000). Nach der Zahl der Empfänger dominiert hier die Hilfe zur Pflege (9 000), ferner die vorbeugende Gesundheitshilfe (6 000) und die Krankenhilfe (1 900). Nach den Ausgaben je Empfänger überwiegt stark die Tuberkulosehilfe, die Kosten von über 9 000 DM je Fall und Jahr verursachte. Von sämtlichen Empfängern von Sozialhilfe waren 55 % Haushaltsvorstände (einschließlich Alleinstehender), 11 % Ehegatten, 31 % Kinder und Enkel, 4 % sonstige Personen. Diese Anteile wechseln bei den verschiedenen Hilfearten; so traten die Kinder z. B. bei der Ausbildungshilfe, der vorbeugenden Gesundheitshilfe und ähnlichem stärker in Erscheinung. Über die entsprechenden Verhältnisse bei den laufenden Hilfen zum Lebensunterhalt und den Hilfen in besonderen Lebenslagen und die Kombination soziologischer mit Sozialhilfemerkmale unterrichten die weiteren Abschnitte des Aufsatzes.

Futterhackfrucht- und Grünmaisbau S. 88

Hauptsächlich Runkel- und Kohlrüben werden im Lande als Futterhackfrüchte angebaut. Die Anbaufläche, die im Durchschnitt in einem Betrieb auf diese Fruchtart entfällt, ist mit 1,4 ha recht klein. Häufig werden in einem Betrieb zur besseren Versorgung des Rindviehs sowohl Runkel- als auch Kohlrüben angebaut. Der Grünmais kann der Futterhackfrucht bisher keine Konkurrenz machen; er erreicht 1968 nur etwa ein Zwanzigstel von deren Anbaufläche, obwohl sich die Zahl der Grünmaisbauern innerhalb von 7 Jahren etwa verdreifacht hat. Für die weitere Entwicklung kommt es entscheidend auf Züchtungserfolge an.

Steueraufkommen 1968

Seite 90

Die Schleswig-Holsteiner haben insgesamt 3,6 Milliarden DM an Gemeinde-, Landes- und Bundessteuern aufgebracht, das sind 3,8 % mehr als ein Jahr zuvor. Über die Hälfte dieser Summe floß in die Kassen des Bundes, ein Drittel erhielt das Land und 13,3 % die Gemeinden. Gegenüber dem Vorjahr ist der Anteil des Bundes um 2 Punkte gesunken, der des Landes dagegen um 2 Punkte gestiegen, weil das Landessteueraufkommen infolge der sehr günstigen Entwicklung der Gemeinschaftsteuern (Lohn-, Einkommen-, Körperschaft-) um 9,7 % höher lag als 1967. Die Einnahmen der Steuerarten und ihre Veränderung seit 1967 werden im einzelnen dargelegt.

Die Struktur der Schweinehaltung

Die Produktion

Mit jährlich rund 650 Mill. DM hat die schleswig-holsteinische Landwirtschaft in den letzten Jahren reichlich ein Viertel ihrer Verkaufserlöse aus dem Verkauf von Schlachtschweinen bezogen¹. Im Vergleich dazu erbrachten die Milchverkäufe etwas über 30%, die Rinderverkäufe 15 bis 17% und der Direktverkauf von pflanzlichen Erzeugnissen etwa 20% der Gesamterlöse. Im außerlandwirtschaftlichen Bereich lag 1967 z. B. der gesamte Bruttoproduktionswert des umfangreichen schleswig-holsteinischen Schiffbaus noch etwas unter 650 Mill. DM.

Die Entwicklung der Schweinehaltung ist typisch für alle wesentlichen Bereiche der Nutztierhaltung in der Nachkriegszeit: Immer weniger Halter verfügen über fast laufend vergrößerte Bestände.

	Schweinehalter	Schweinebestand
1950	130 500	1 031 400
1955	109 000	1 183 900
1960	84 300	1 414 200
1965	63 200	1 700 800
1968	50 100	1 668 400

Nun kennzeichnen die Bestandszahlen - auch wenn sie nach Haltungsklassen unterteilt werden - wohl etwa die Entwicklung, nicht aber die Höhe des Schlachtschweineaufkommens, da die Lebensdauer der Schlachtschweine im allgemeinen erheblich kürzer ist als ein Jahr, so daß im Laufe eines Jahres mehr Schlachtschweine schlachtreif werden als an einem bestimmten Stichtag vorhanden sind. Das Schlachtschweineaufkommen wird daher, abgesehen von Vorausberechnungen, im allgemeinen nicht unmittelbar aus den durch die Viehzählungen ermittelten Beständen errechnet, sondern aus einer besonderen Schlachtungsstatistik, die mit der obligatorischen Schlachtier- und Fleischschau verbunden ist. Da die Schlachtier- und Fleischschau naturgemäß am Ort der Schlachtung stattfindet, der nur in seltenen Fällen mit dem Ort der Haltung übereinstimmt, ist aus dieser Quelle nur für das Bundesgebiet insgesamt eine sichere Auskunft über die Schlachtschweinerzeugung zu gewinnen, weil sich in diesem Falle Haltungs- und Schlachtungsgebiet decken (der Verkehr mit dem Ausland wird über besondere

Statistiken berücksichtigt). Für das Gebiet eines Bundeslandes dagegen müssen einerseits von den dortigen Schlachtungen die Lebendviehzufuhren aus anderen Bundesländern abgezogen werden und andererseits die lebend in andere Bundesländer versandten Schlachttiere den eigenen Schlachtungsziiffern hinzugefügt werden. Dieser sogenannte "übergebietliche Verkehr" mit Lebendvieh ist leider nur sehr schwer zu erfassen und für die meisten Bundesländer daher unbekannt. Für Schleswig-Holstein ermittelt das Ernährungsministerium diese Größe, teils über die Kreislandwirtschaftsbehörden beim Versandhandel und teils beim Empfänger (Hamburg, Berlin). Die Ergebnisse sind nachstehend im Zusammenhang mit den Daten der Schlachtungsstatistik und dem daraus errechenbaren Schlachtschweineaufkommen aufgeführt. Da der Empfang lebender Tiere aus anderen Bundesländern nur unbedeutend ist, wurde er nicht extra ausgewiesen, sondern gleich von den inländischen Schlachtungen abgezogen.

Aus dieser Tabelle werden drei im Zusammenhang stehende Entwicklungen deutlich: Die

Errechnetes und geschätztes Schlachtschweineaufkommen in Schleswig-Holstein

Jahr	Geschlachtete Inländische Tiere (gewerbliche und Hausschlachtungen) abzüglich übergebietlicher Empfang		Übergebietliche Lieferungen lebender Tiere ²	Schlachtschweineaufkommen		
				errechnet (Sp. 1 + Sp. 3)	geschätzt über Zuchtsauenbestand	
					der vorherigen Dezemberzählung	der vier vorangegangenen Zählungen ³
	in 1 000	% ¹		in 1 000		
1960	1 079,1	57,3	803,4	1 882,5	2 030,6	2 000,4
1961	1 284,1	63,5	737,0	2 021,0	2 307,3	2 253,5
1962	1 536,6	66,6	770,3	2 306,9	2 571,2	2 541,9
1963	1 563,3	68,8	710,1	2 273,5	2 524,9	2 509,3
1964	1 674,1	71,7	661,6	2 335,7	2 479,6	2 531,5
1965	1 863,0	75,7	599,3	2 462,3	2 613,5	2 666,0
1966	1 881,2	78,6	513,4	2 394,6	2 529,0	2 564,4
1967	1 996,2	79,5	514,2	2 510,4	2 530,6	2 515,7
1968	(2 180,0) ^a	82,6	(460,0) ^a	(2 640,0) ^a	2 695,2	2 674,0

1) in % von Sp. 4

2) Quelle Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Schleswig-Holstein

3) Mittel aus Juni - September - Dezember - März für das der Dezemberzählung folgende Jahr

a) vorläufige geschätzte Zahlen

1) Quelle: Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Schleswig-Holstein

Zahl der erzeugten Schlachtschweine ist laufend angestiegen; ein stark wachsender Teil davon wurde im Lande geschlachtet; der Versand lebender Tiere ging zurück. Die wirtschaftliche Entwicklung und der technische Fortschritt führten zur Errichtung neuer großer Schlachtungsanlagen im Lande. Nunmehr werden anstelle der lebenden Tiere in zunehmendem Maße das Fleisch oder die Erzeugnisse der fleischverarbeitenden Industrie über die Grenzen des Landes hinaus zu den verschiedenen Verbraucherplätzen verschickt.

Es gibt Anhaltspunkte dafür, daß das tatsächliche Schlachtschweineaufkommen höher ist, als sich aus den Daten der Schlachtungsstatistik und des übergebietlichen Verkehrs mit lebenden Tieren errechnen läßt, da letztere möglicherweise lückenhaft sind. Über das Ausmaß der Abweichungen gibt es jedoch nur Vermutungen, die sich auf verschiedene Modellrechnungen stützen. Solche Modellrechnungen gehen von den durch die Viehzählungen ermittelten Bestandszahlen an bestimmten Stichtagen aus und enthalten in jedem Fall Annahmen über den Zusammenhang zwischen einem jeweils gehaltenen Bestand und der daraus möglichen Schlachtschweineproduktion. Das Ergebnis einer sehr einfachen und groben Berechnung zeigt die vorletzte Spalte der Tabelle. Ausgehend von der Überlegung, daß die Zuchtsauenhaltung Grundlage der Produktion ist, wurde die für das Bundesgebiet feststellbare Zahl der geschlachteten Schweine auf den entsprechenden Zuchtsauenbestand der vorangegangenen Dezemberzählung bezogen. Es ergibt sich dabei in den letzten Jahren ein Wert von rund 15 Schlachtschweinen je gehaltene Zuchtsau. Dieser für das Bundesgebiet gültige Wert wurde für Schleswig-Holstein übernommen, und die bei den Dezemberzählungen ermittelten Zahlen der Zuchtsauenbestände wurden damit multipliziert. Dabei wird stillschweigend unterstellt, daß die Fruchtbarkeit der Sauen und die Tierverluste in Schleswig-Holstein dem Bundesdurchschnitt entsprechen, daß kein nennenswerter übergebietlicher Verkehr mit Ferkeln stattfindet und daß der Dezemberbestand eine ausreichend zuverlässige Berechnungsbasis für die Produktion des folgenden Jahres abgibt. Alle diese Unterstellungen haben einen Fehlerbereich. Die zyklischen Bestandsveränderungen sprechen besonders gegen die zuletzt genannte Unterstellung. Dennoch ist hier mit dieser Ausgangsbasis gerechnet worden, weil sie als einzige mit Zahlen auskommt, die auch regional zur Verfügung stehen (siehe Karte am Ende des Aufsatzes).

Das Schätzungsergebnis könnte vielleicht dadurch verbessert werden, daß die Daten der

jährlich als Repräsentativerhebung durchgeführten Viehwisenzählungen mit zur Berechnung herangezogen werden. Die vorstehende Tabelle enthält in ihrer letzten Spalte eine Schätzung, die das Mittel der im Juni, September, Dezember und März gezählten Zuchtsauenbestände zum Ausgangspunkt der Berechnung für das auf die Dezemberzählung folgende Jahr hat. Der entsprechende aus den Bundesdaten gewonnene Multiplikator lautet 14,6. Auch die Ergebnisse dieser Berechnung sind Schätzungen, sie haben unter Umständen eine unbekannte "Phasenverschiebung" gegenüber dem jeweiligen Kalenderjahr und sind beeinflusst durch die zyklischen Veränderungen in der Zusammensetzung des Bestandes. Dennoch ergeben sie vermutlich die Größenordnungen der Schlachtschweineproduktion richtiger als die Addition aus der Schlachtungsstatistik und dem übergebietlichen Verkehr mit Lebendvieh. Auffällig ist eine gewisse Annäherung der errechneten an die geschätzten Werte in den letzten beiden Jahren. Das könnte daran liegen, daß der am unsichersten zu erfassende Versand lebender Tiere über Hamburg hinaus infolge des zunehmenden Fleischversandes abnimmt, so daß dadurch die Zahlen über die übergebietlichen Lieferungen vollständiger werden. Eingehendere Berechnungen unter Heranziehung weiterer Daten und Faktoren werden zur Zeit im Institut für Agrarpolitik und Marktlehre an der Universität Kiel durchgeführt.

Wenn zwischen dem Umfang der Zuchtsauenhaltung und der Zahl der erzeugten Schlachtschweine ein ausreichend enger Zusammenhang besteht, so gibt die Verteilung der im Bund gehaltenen Zuchtsauen auf die Bundesländer auch gleichzeitig die Größenordnung des Anteiles wieder, mit dem die einzelnen Bundesländer etwa an der gesamten Schlachtschweineproduktion beteiligt sind. Die Zuverlässigkeit einzelner Länderanteile dürfte hier

Land	Anteil am Bestand des Bundes ¹ 1967 in %	
	Zuchtsauen	Jung- und Mastschweine
Schleswig-Holstein	9,7	8,7
Niedersachsen	29,6	27,2
Nordrhein-Westfalen	19,3	20,2
Hessen	6,3	8,4
Rheinland-Pfalz	3,7	4,7
Baden-Württemberg	11,0	11,1
Bayern	20,0	19,3
Saarland	0,4	0,5

1) ohne Stadtstaaten; Dezemberzählung

jedoch wegen der oben genannten Unterstellungen noch weiter eingeschränkt sein, als es bei den schleswig-holsteinischen Werten der Fall ist. Insbesondere ist unbekannt, wie weit übergebietliche Ferkellieferungen zu einer Verschiebung der Länderanteile an den erzeugten Schlachtschweinen führen. Die in der vorigen Tabelle aufgeführten, von der Zuchtsauenverteilung abweichenden Anteile der Länder am Jung- und Schlachtschweinebestand des Bundes könnten solche Bewegungen vermuten lassen. Es spricht jedoch mehr dafür, daß die Abweichungen durch unterschiedliche Mastdauer (Umtriebsgeschwindigkeit) und auch durch regional differenzierte Zählfehler² verursacht werden, so daß die Verteilung des Zuchtsauenbestandes vermutlich den besten Schätzwert liefert.

Schleswig-Holstein ist demnach etwa mit einem Zehntel an der Schlachtschweineproduktion des Bundes beteiligt. Der Anteil ist z. B. nur wenig geringer als der des nach der landwirtschaftlichen Nutzfläche um die Hälfte größeren Landes Baden-Württemberg.

Haltungsstrukturen

Am 3.12.1967 gab es in Schleswig-Holstein 47 400 Haltungen mit insgesamt 1,045 Millionen Jung-, Schlacht- und Mastschweinen und 27 900 Haltungen mit 179 000 Zuchtsauen. Wie weit sich diese beiden Haltungsgruppen überschneiden, wird später gezeigt werden.

Mastschweinehaltung³

Zählt man zur Landwirtschaft nur die Haltungen, die eine landwirtschaftliche Nutzfläche bewirtschaften, und legt man die Mindestfläche, wie es bisher üblich war, sehr tief fest, nämlich bei 0,5 ha, so gehören zwei Drittel aller Mastschweinehaltungen zur Landwirtschaft, während ein Drittel nicht dazu zu rechnen wäre. Auf das so begrenzte nichtlandwirtschaftliche Drittel entfallen 10% des Mastschweinebestandes, 1967 waren das reichlich 100 000 Tiere. Als "außerlandwirtschaftliche Selbstversorger" könnten jene knapp 11 000 Halter (23%) angesprochen werden, die höchstens zwei Mastschweine hielten und weniger als 0,5 ha LN bewirt-

Verteilung der Zuchtsauen und Mastschweine auf Betriebs- und Haltungsgrößen in %
- Dezember 1967 -

Zahl der Tiere je Betrieb	Größenklasse in ha LN				Ins- gesamt
	unter 0,5	0,5 - 20	20 - 50	50 und mehr	
47 419 Jung- und Schlachtschweinehaltungen					
1 und 2	22,6	8,6	3,1	0,3	34,6
3 - 49	12,3	19,7	19,8	2,5	54,3
50 - 199	0,4	1,4	5,8	2,1	9,7
200 - 399	0,1	0,1	0,4	0,6	1,1
400 und mehr	0,0	0,0	0,1	0,2	0,3
Insgesamt	35,4	29,7	29,1	5,8	100
1 045 463 Jung- und Schlachtschweine					
1 und 2	1,6	0,6	0,2	0,0	2,4
3 - 49	4,0	10,9	16,3	2,5	33,7
50 - 199	1,6	5,0	22,5	9,8	39,0
200 - 399	0,8	1,0	4,6	7,4	13,8
400 und mehr	2,2	1,8	1,2	5,9	11,1
Insgesamt	10,1	19,3	44,9	25,6	100
27 896 Zuchtsauenhaltungen					
1 und 2	9,4	14,4	6,9	0,6	31,3
3 und 4	3,3	10,2	8,2	0,7	22,4
5 - 9	1,6	9,7	13,9	1,7	26,9
10 - 19	0,5	3,7	8,8	1,9	14,9
20 - 49	0,1	0,7	2,3	1,1	4,2
50 und mehr	0,0	0,1	0,1	0,2	0,4
Insgesamt	14,9	38,7	40,2	6,2	100
179 015 Zuchtsauen					
1 und 2	2,1	3,5	1,7	0,1	7,4
3 und 4	1,7	5,5	4,5	0,4	12,0
5 - 9	1,6	9,6	14,5	1,8	27,6
10 - 19	1,0	7,2	17,8	4,1	30,1
20 - 49	0,4	2,9	9,4	4,9	17,7
50 und mehr	0,4	0,7	0,9	3,2	5,2
Insgesamt	7,2	29,4	48,8	14,6	100

schafteten. Auf sie entfallen nur 1,6% des Bestandes. Ihre wirkliche Zahl dürfte noch etwas größer sein, da viele Selbstversorger ihr Schwein bereits vor dem Zählungstichtag, der im Dezember liegt, geschlachtet haben. Derartige Selbstversorgerhaltungen gibt es auch innerhalb der Landwirtschaft, sie umfassen 12% aller Haltungen. Ein weiterer Blick auf die Bestandsgrößenverteilung zeigt, daß mehr als die Hälfte aller Mastschweinehalter nur zwischen 3 und 49 Tieren halten und daß diese Bestandsgrößen besonders in den bäuerlichen und kleinbäuerlichen Betriebsgrößen verbreitet sind. In dieser Bestandsgröße liegt rund ein Drittel der schleswig-holsteinischen Schlachtschweinerzeugung. Den größten Beitrag, nämlich fast 40% liefern jedoch nach der hier gewählten Gruppierung jene 4 600 Halter (9,7%), die zwischen 50 und 199 Mastschweine in den Ställen hatten. Der Schwerpunkt dieser Haltungen liegt in der Betriebsgrößenklasse von 20 bis 50 ha LN. Die restlichen 25% aller Mastschweine werden

2) Die Ergebnisse der Viehzählungen werden alle 2 Jahre durch örtliche Kontrollen nachgeprüft; dabei hat sich gezeigt, daß die Zahl der Zuchtsauen im allgemeinen zuverlässiger ermittelt wird als die der Jung- und Schlachtschweine

3) Unter der Bezeichnung "Mastschweine" werden hier und in den folgenden Abschnitten die durch die Viehzählungen ermittelten Kategorien "Jungschweine" (8 Wochen bis ½ Jahr alt) und "Schlacht- und Mastschweine" (½ Jahr alt und älter) zusammengefaßt

in Beständen von 200 und mehr Tieren gehalten. 1967 gab es in Schleswig-Holstein 677 solche Haltungen, darunter 43 ohne Land. EWG-Vizepräsident Mannsholt hat in seiner Rede vom 10. Dezember 1968 450 bis 600 Mastschweine zur Erzielung optimaler wirtschaftlicher Ergebnisse für erforderlich gehalten. Wenn Mannsholt nicht die Bestandsgröße, sondern die Jahresproduktion gemeint hätte, so entsprächen die knapp 700 Haltungen mit 200 und mehr Mastschweinen etwa dieser Größenordnung. Nach den bisher vorliegenden Unterlagen bezieht sich seine Aussage jedoch auf die Bestandsgröße, so daß nur die rund 140 Haltungen mit 400 und mehr Mastschweinen diesen Vorstellungen entsprechen. Eine so generelle Festsetzung von Größenordnungen für rentable Produktionen ist in der letzten Zeit sicher nicht zu Unrecht heftig kritisiert worden, da sie offensichtlich allein den Gesichtspunkt minimaler Stückkosten des einen Erzeugnisses im Auge hat. In den heutigen Produktionsstätten sind jedoch meistens verschiedene Produktionen kombiniert, was von erheblichem Einfluß auf den wirtschaftlichen Umfang jeder einzelnen Produktion sein dürfte.

Zuchtsauenhaltung

Zuchtsauenhaltung und Ferkelaufzucht sind in noch stärkerem Maße als die Mastschweinehaltung geeignet, bei knapper Bodenausstattung vorhandene Familienarbeitskräfte auszulasten. Vornehmlich aus diesem Grunde befindet sich die Zuchtsauenhaltung zu fast 80% in Betrieben zwischen 0,5 und 50 ha Größe. "Außerlandwirtschaftliche" Aufzucht ist naturgemäß weniger verbreitet als außerlandwirtschaftliche Mast. Die Aufzucht erfordert größere Spezialkenntnisse und Sorgfalt als die Haltung zumindestens kleinerer Mastbestände, und diese Voraussetzungen sind besonders in vielen bäuerlichen Betrieben gegeben. Da die Produktion von Ferkeln der Mast vorausgehen muß, sind die Bestandsgrößen der Sauenhalter von besonderer Bedeutung für die bekannten zyklischen Veränderungen des Schlachtschweineangebots. Beabsichtigt z. B. ein Halter mit nur einer Zuchtsau bei gestiegener Nachfrage nach Ferkeln die Produktion auszuweiten, so muß er sie auf jeden Fall verdoppeln und ein Halter von zwei Sauen muß sein Angebot mindestens um 50% erhöhen. Halter größerer Bestände können demgegenüber abgestufter reagieren. Ein Halter von 10 Zuchtsauen steigert seine Produktion erst dann um 50%, wenn er 5 Zuchtsauen zusätzlich aufstellt (was sicher schon wegen der Stallverhältnisse häufig nicht möglich sein dürfte), während er bei Hereinnahme eines zusätzlichen

Tieres das Angebot nur um 10% erhöht. Unter diesem Gesichtspunkt und auch im Interesse der rationelleren Produktion ist es also erwünscht, daß der Anteil sehr kleiner Haltungen niedrig ist. Demnach war die Entwicklung in der Vergangenheit günstig: 1958 gab es in Schleswig-Holstein 35 000 Sauenhalter, davon hatten die Hälfte nur eine oder zwei Zuchtsauen, 1967 waren von insgesamt 27 900 Sauenhaltungen nur noch ein Drittel solche Kleinhaltungen. Dabei ist der Gesamtsauenbestand gleichzeitig von 126 000 auf 179 000 Tiere angewachsen. Über die Hälfte aller Zuchtsauen stehen heute in Beständen mit mehr als 10 Tieren, weitere 28% in Beständen mit 5 bis 9 Tieren. Immerhin verbleiben jedoch in Beständen mit weniger als 5 Tieren noch fast 20% aller Tiere und rund die Hälfte aller Halter. Große Haltungen mit 50 und mehr Zuchtsauen - so wie sie Mannsholts Vorstellungen entsprechen - gab es Ende 1967 insgesamt 118, davon hatten mehr als die Hälfte über 50 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche.

Arbeitsteilung

Schon aus der unterschiedlichen Verteilung der Mast- und Zuchtschweine auf die einzelnen Betriebsgrößenklassen geht hervor, daß Aufzucht und Mast nicht immer im gleichen Betrieb liegen. Das ist verständlich, da die Produktionsvoraussetzungen beider Richtungen durchaus unterschiedlich sind. Wie weit nun die betriebliche Trennung und damit die Arbeitsteilung in der Schweinehaltung praktiziert werden, soll im folgenden untersucht werden.

Um die Verhältnisse sichtbar machen zu können, mußten zunächst die Haltungen entsprechend gruppiert werden, und zwar nach der Zahl der im Einzelbetrieb gehaltenen Zuchtsauen und Mastschweine; Ferkel und Eber bleiben also auch hier unberücksichtigt. In einer ersten Gruppe wurden alle Selbstversorger und Kleinhaltungen zusammengefaßt. Als solche galten Halter mit nur einer Zuchtsau oder mit bis zu 9 Mastschweinen, auch wenn beides gleichzeitig vorhanden war. Die nächste Gruppe bilden die reinen Mäster. Das sind Halter von 10 und mehr Mastschweinen, aber ohne Zuchtsauen. Als Gegenstück hierzu hätte die Gruppe der reinen Züchter als Halter nur von Zuchtsauen abgegrenzt werden können; ein solches Vorgehen hätte diese Gruppe jedoch sehr stark und ungerechtfertigt eingengt, da eine große Zahl solcher Haltungen vermutlich zur Eigenversorgung, zum Teil aber auch zur laufenden Erneuerung des Zuchtsauenbestandes einige Jung- und Mastschweine hält. Aus diesem

Grunde wurden als reine Zuchtbetriebe gehalten bezeichnet, in denen 2 und mehr Zuchtsauen und 0 bis 4 Mastschweine gehalten wurden. Zwischen den reinen Mastbetrieben und den reinen Zuchtbetrieben verbleiben nun noch die Haltungen, in denen sowohl Zuchtsauen als auch Mastschweine in nennenswertem Umfang gehalten werden. Hier wiederum gibt es drei Gruppen: entweder überwiegt die Zucht oder die Mast oder Zucht und Mast sind "ausgeglichen", d. h. die Betriebe mästen alle erzeugten Ferkel selber aus. Wenn es gelingt, die letztgenannte Gruppe abzugrenzen, so sind auch die beiden Gruppen mit überwiegender Haltungsrichtung automatisch bestimmt. Die Betriebe mit ausgeglichenen Aufzucht/Mastverhältnissen lassen sich jedoch nur schätzungsweise bestimmen. Hierzu wurde folgende Überlegung angestellt: die Zahl der im Land erzeugten Schlachtschweine ergibt sich ungefähr, wenn die Zahl der gehaltenen Zuchtsauen mit 15 multipliziert wird. Wird dann diese Zahl der erzeugten Schlachtschweine auf die Zahl der am Zählungstichtag gehaltenen Mastschweine bezogen, so ergibt sich ein Wert von ungefähr 2,5, d. h. umgekehrt: je Mastschwein am Zählungstag werden im Jahr 2,5 Schlachtschweine erzeugt. Die Jahreserzeugung einer Zuchtsau in Höhe von 15 Ferkeln entspricht dann $15 : 2,5 = 6$ am Stichtag gehaltenen Mastschweinen. Dieses Maß ist natürlich sehr grob. So werden z. B. die gesamten Aufzuchtverluste der Zuchtsauenhaltung zugerechnet, was tatsächlich nicht zutrifft. Außerdem kann das Maß von Betrieb zu Betrieb erheblich schwanken, und zwar allein schon dadurch, daß die der Schätzung zugrunde liegenden Stichtagsergebnisse starken Zufälligkeiten unterliegen. Es können in einem Betrieb z. B. gerade Jungschweine hinzugekauft worden sein, während die fertigen Schlachtschweine erst einige Tage später abgegeben werden, und in einem anderen Betrieb können die Ereignisse gerade umgekehrt ablaufen. Das auszuwertende Material schließlich ist bereits vorgruppiert, indem für Haltungen gleicher Zuchtsauenbestände die Mastschweinebestände in Gruppen mit teilweiser großer Spannweite ausgewiesen sind. Alle hier genannten Schwächen haben sich offensichtlich jedoch kaum nachteilig ausgewirkt, denn in den Ergebnissen haben sich sehr eindeutige plausible Gruppierungen ergeben. Das zeigt sich unter anderem darin, daß die Anteile der "ausgeglichenen" Betriebe am Zuchtsauenbestand des Landes in den einzelnen Regionen oder Größenklassen sehr gut mit den entsprechenden Anteilen am Mastschweinebestand übereinstimmen (siehe auch das erste Bild).

Ende 1967 gab es in Schleswig-Holstein 54 800 Halter von Mastschweinen oder Zucht-

sauen. Davon waren 22 600 (41%) Selbstversorger oder Kleinhaltungen, die jedoch nur knapp 2% der Zuchtsauen und gut 5% der Mastschweine hielten. Da die Zahl dieser

Die Verteilung der Zuchtsauen und Mastschweine auf die verschiedenen Haltungsarten in den Naturräumen und Betriebsgrößen - Dezember 1967 -

Naturraum Größenklasse in ha LN	Anzahl ¹ insgesamt	davon in der Haltungsart				
		reine Mast	überwiegend Mast	Zucht/Mast ausgeglichen	überwiegend Zucht	reine Zucht
Halter						
Schleswig-Holstein	32 193	7 740	1 933	5 667	5 494	11 359 ^a
davon (Sp. 2-6 in %)		24,0	6,0	17,6	17,1	35,3
Marsch	3 841	26,4	3,8	11,0	13,7	45,1
Hohe Geest	10 460	23,7	5,3	16,0	15,2	39,8
Vorgeest	5 617	25,3	6,0	17,2	16,9	34,6
Hügelland	12 275	23,0	7,3	21,3	19,7	28,7
unter 0,5	3 791	26,9	2,0	6,2	5,9	59,0
0,5 - 5	2 351	18,1	2,7	9,4	10,6	59,2
5 - 10	1 973	19,1	3,9	12,8	13,0	51,3
10 - 20	7 036	18,8	6,2	18,4	18,5	38,0
20 - 30	7 837	22,4	6,8	20,4	20,5	29,9
30 - 50	6 482	28,1	7,5	22,0	21,1	21,3
50 und mehr	2 723	37,5	9,4	23,5	17,9	11,8
Zuchtsauen						
Schleswig-Holstein	175 572	-	8 451	35 872	60 342	70 907 ^a
davon (Sp. 2-6 in %)		-	4,8	20,4	34,4	40,4
Marsch	19 610	-	2,8	12,2	29,8	55,2
Hohe Geest	50 927	-	3,9	17,8	30,6	47,8
Vorgeest	26 627	-	4,2	18,5	34,6	42,7
Hügelland	78 408	-	6,1	24,9	37,9	31,1
unter 0,5	11 569	-	1,9	8,0	18,6	71,5
0,5 - 5	8 817	-	2,1	11,2	24,3	62,4
5 - 10	8 162	-	3,6	12,6	25,7	58,1
10 - 20	34 029	-	2,6	16,3	32,8	48,3
20 - 30	44 271	-	3,3	19,3	36,5	41,0
30 - 50	42 657	-	4,7	24,0	39,8	31,5
50 und mehr	26 067	-	13,1	33,0	37,1	16,7
Mastschweine						
Schleswig-Holstein	987 480	535 273	133 991	212 236	93 215	12 765
davon (Sp. 2-6 in %)		54,2	13,6	21,5	9,4	1,3
Marsch	108 847	70,0	8,2	12,9	7,4	1,5
Hohe Geest	269 953	57,3	13,2	19,7	8,1	1,7
Vorgeest	143 050	54,7	13,1	20,6	10,1	1,5
Hügelland	465 630	48,5	15,2	24,8	10,5	1,0
unter 0,5	71 950	82,3	5,2	6,7	3,7	2,1
0,5 - 5	34 101	63,0	8,0	16,1	8,9	3,9
5 - 10	25 100	45,0	17,0	21,7	11,3	5,0
10 - 20	125 209	48,2	11,9	24,5	12,8	2,7
20 - 30	194 689	48,1	12,0	26,2	12,1	1,6
30 - 50	269 056	53,2	12,5	23,4	10,3	0,6
50 und mehr	267 375	54,7	19,2	19,4	6,6	0,2

1) ohne Selbstversorger- und Kleinhaltungen

a) darunter 5 855 Halter mit 36 646 Zuchtsauen in Haltungen ohne Mastschweine

Haltungen zwar groß, ihr wirtschaftliches Gewicht aber gering ist, sollen sie bei der weiteren Betrachtung unberücksichtigt bleiben. Nach Abzug dieser Haltungen verbleiben 32 200 Haltungen mit 175 600 Zuchtsauen und 987 500 Mastschweinen.

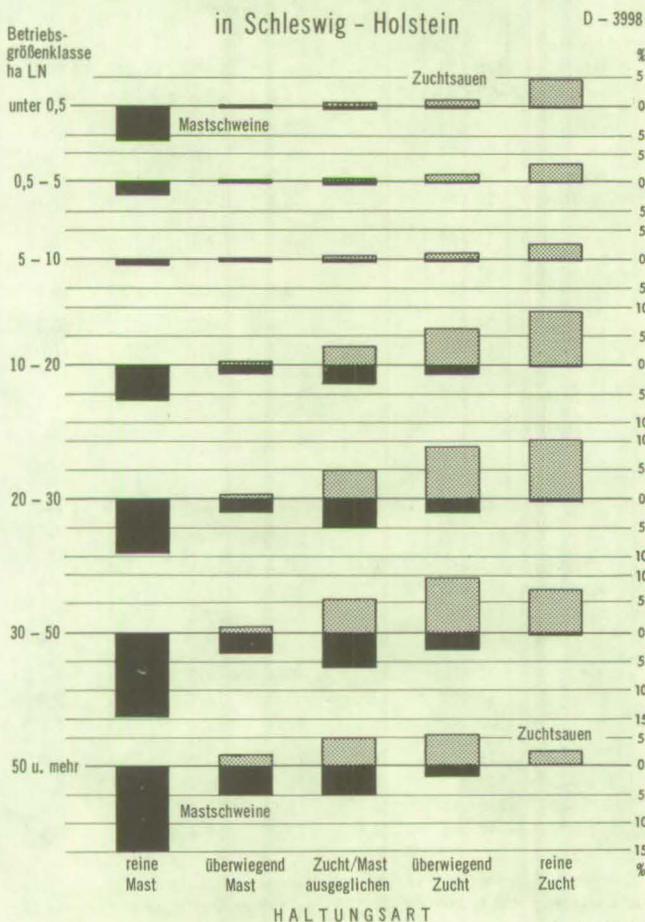
Von den 32 200 Schweinehaltungen mit wirtschaftlichem Gewicht waren fast 60% reine Spezialhaltungen, und zwar gut 35% reine Züchter, der Rest reine Mäster. In den reinen Zuchtbetrieben befanden sich 40% des Zuchtsauenbestandes, in den reinen Mastbetrieben 54% des Mastschweinebestandes. Auf Betriebe, die Mast und Zucht in ausgeglichenem Umfang betrieben, entfallen knapp 18% der Haltungen mit jeweils gut 20% der Bestände. Betriebe mit beiden Haltungsrichtungen, von denen jedoch die eine überwiegt, hatten einen Anteil von 23% an den Haltungen, mit deutlichem Schwerpunkt bei überwiegender Zucht. Auf letztere entfielen 34% des Zuchtsauenbestandes. Hierbei ist besonders zu berücksichtigen, daß die unter 1/2 Jahr alten zukünftigen Sauen im Jungschweinebestand (in dieser Darstellung in den "Mastschweinen" enthalten) erfaßt werden, so daß ein Teil der hier in der Gruppe mit

überwiegender Zucht ausgewiesenen Betriebe - könnte man das entsprechend zuordnen - zur Gruppe der reinen Züchter zu rechnen wäre.

Die Spezialisierung auf Zucht oder Mast geht in der Marsch am weitesten. Dort befinden sich 55% der Zuchtsauen und 70% der Mastschweine in den jeweiligen Spezialbetrieben. Im Hügelland betragen die entsprechenden Anteile nur 31% und 49%. Die Geest nimmt eine Mittelstellung ein. Unter dem Gesichtspunkt der Betriebsgröße geht die Spezialisierung bei den kleineren Betrieben am weitesten, und zwar insbesondere mit Betriebsrichtung Zucht. Bei den flächenreichen Haltern ist ein großer Teil auf reine Mast spezialisiert.

Das vorstehende Bild zeigt die Verteilung des gesamten Zuchtsauenbestandes und des gesamten Mastschweinebestandes auf die einzelnen Betriebsgrößen und Haltungsarten. Hier wird die Arbeitsteilung zwischen Zucht und Mast auf einen Blick sichtbar. Die größten Anteile am Zuchtsauenbestand haben die reinen oder überwiegenden Zuchtbetriebe zwischen 10 und 50 ha Größe. Die Schwerpunkte der Mast liegen in den reinen Mastbetrieben ab 20 ha.

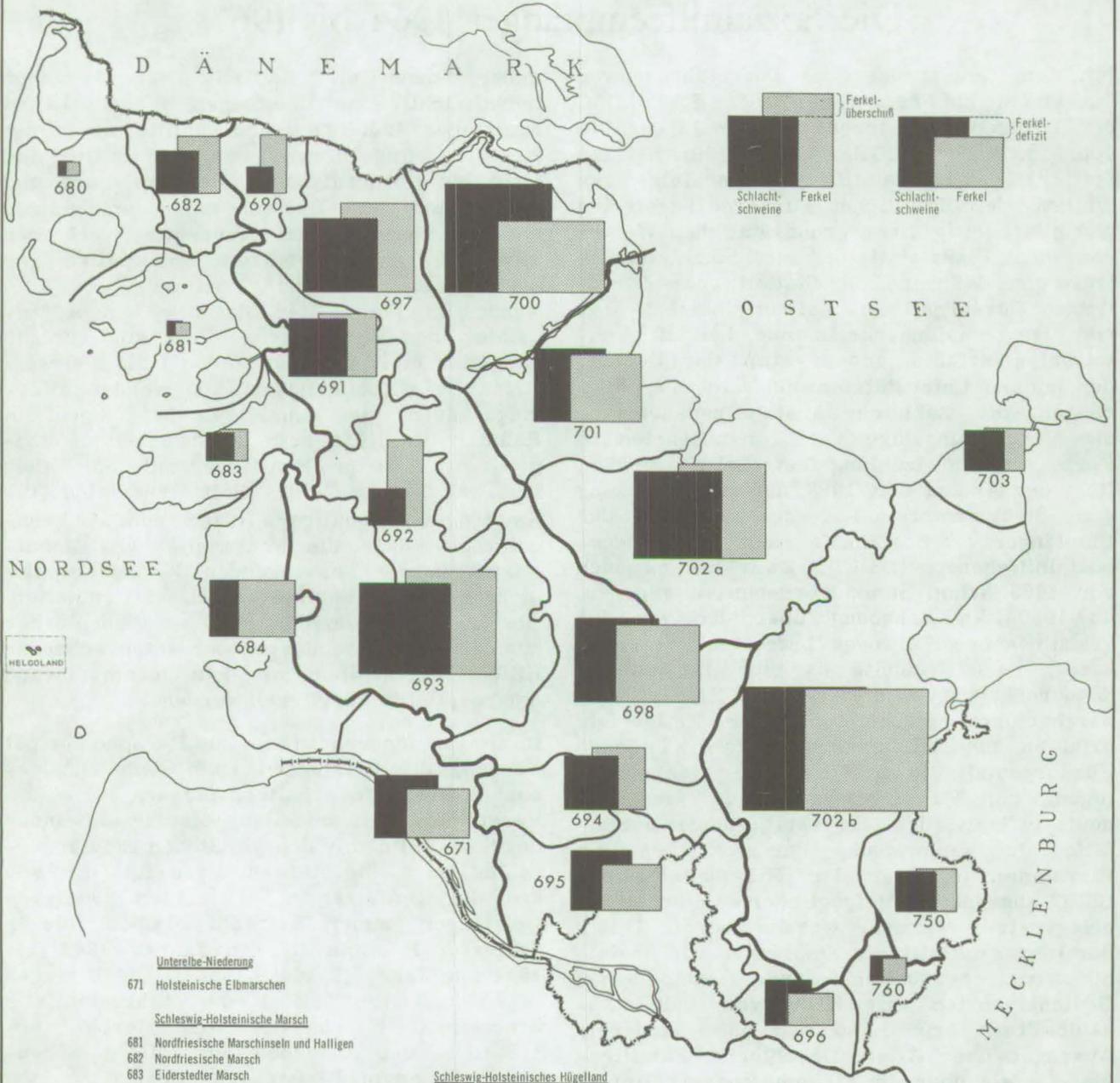
Verteilung der Zuchtsauen und Mastschweine auf Betriebsgrößen und Haltungsarten



Aus den Daten über die Verteilung der Zuchtsauen- und Mastschweinebestände auf Betriebsgrößen und Haltungsarten läßt sich unter Verwendung der Annahmen, nach denen die "ausgeglichenen" Betriebe abgegrenzt wurden, abschätzen, daß fast 70% der in Schleswig-Holstein erzeugten Ferkel - das sind 1,7 bis 1,9 Millionen Stück - vom Züchter an einen anderen Mäster weitergegeben werden. Bei einem angenommenen Durchschnittspreis von 60 DM je Stück haben diese Tiere einen Gesamtwert von 110 bis 115 Mill. DM, die bei den einen als Einnahme, bei den anderen als Ausgabe zu Buche schlagen. Die Ferkel werden vielfach offensichtlich über kurze Entfernungen vom Züchter zum Mäster geliefert, wie Untersuchungen mit Gemeindegemeinschaften in einigen Kreisen gezeigt haben. Immerhin dürften aber per Saldo etwa 200 000 Ferkel von einem zum anderen Naturraum zur Mast verbracht werden. Größere Überschüsse über die zur eigenen Mast benötigten Ferkelmengen gibt es in der nordfriesischen Marsch, auf der Hohen Geest mit Ausnahme der unmittelbar um Hamburg liegenden Gebiete, und auf der nördlichen Vorgeest. Als Hauptüberschußgebiet erweist sich dabei die Eider-Treene-Niederung. Der Hauptüberschußbedarf besteht demgegenüber in Angeln, in den Elbmarschen und in den um Hamburg gelegenen holsteinschen Geestgebieten. Dabei wird z.B. in Angeln zwar absolut gesehen durchaus eine

Ferkel- und Schlachtschweineproduktion in den Naturräumen Schleswig-Holsteins

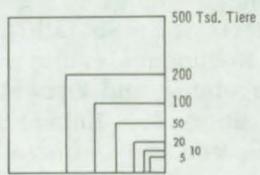
(nach der Viehzählung Dezember 1968 geschätzt)



- Untereibe-Niederung
- 671 Holsteinische Elbmarschen
- Schleswig-Holsteinische Marsch
- 681 Nordfriesische Marschinseln und Halligen
- 682 Nordfriesische Marsch
- 683 Eiderstedter Marsch
- 684 Dithmarscher Marsch
- Schleswig-Holsteinische Geest
- 680 Nordfriesische Geestinseln
- 690 Lecker Geest
- 691 Bredstedt-Husumer Geest
- 692 Eider-Treene-Niederung
- 693 Heide-Itzehoeer Geest
- 694 Barnstedt-Kisdorfer Geest
- 695 Hamburger Ring
- 696 Lauenburger Geest
- 697 Schleswiger Vorgeest
- 698 Holsteinische Vorgeest

- Schleswig-Holsteinisches Hügelland
- 700 Angeln
- 701 Schwansen, Dänischer Wohld und Amt Hütten
- 702 a Ostholsteinisches Hügel- und Seenland (NW)
- 702 b Ostholsteinisches Hügel- und Seenland (SO)
- 703 Norddoldenburg und Fehmarn

- Mecklenburgische Seenplatte
- 750 Westmecklenburgisches Seen-Hügelland
- Südwestliches Vorland der Mecklenburgischen Seenplatte
- 760 Südmecklenburgische Niederungen (mit Sandflächen und Lehmplatten)



umfangreiche Zucht betrieben, die Mast ist demgegenüber jedoch noch umfangreicher, so daß jährlich schätzungsweise über 100 000 Ferkel zusätzlich in dieses Gebiet verbracht werden müssen. Weitere Besonderheiten

einzelner Regionen lassen sich aus der Karte entnehmen.

Dr. Dieter Mohr

Vergleiche auch: "Die Nutztviehhaltung in Schleswig-Holstein, Teil II" in Stat. Monatsh. S.-H. 1964, S. 147 (Juni)

Die Sozialhilfeempfänger 1964 bis 1967

Mit dem Gesetz über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Sozialhilfe, der Kriegsopferfürsorge und der Jugendhilfe vom 15. 1. 1963 (BGBl. I S. 49/50) hat die Statistik der Sozialhilfe die Nachfolge der Statistik der öffentlichen Fürsorge angetreten und gleichzeitig einen grundsätzlichen Wandel von der Fiskalstatistik zur Sozialstatistik vollzogen. Während die Statistik der öffentlichen Fürsorge ein Leistungsbericht war und den Empfängerkreis nur beiläufig und teilweise erfaßte, indem etwa der Bestand der laufend Unterstützten und seine Veränderungen, die Zahl der Anstaltsinsassen und die Verpflegungstage nach Anstaltsarten in Form einer Fallzählung festgehalten wurden, liegt der Akzent seit 1963 auf der Erfassung von Strukturmerkmalen des Kreises der Empfänger von Sozialhilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG). Zwar hat es auch vor 1963 schon Strukturhebungen gegeben, so 1960 die Erhebung über den von der geschlossenen Fürsorge betreuten Personenkreis, doch handelte es sich hierbei um Sonderhebungen, die nur von Zeit zu Zeit durchgeführt wurden und nur Teilgebiete erfaßten. In der Hauptsache hatte die laufende Fürsorgetatistik die Form einer Rechnungslegung der Fürsorgeträger, wie sie auch heute in Teil 1 der Jahresstatistik der Sozialhilfe als Nachweisung der Ausgaben und Einnahmen in einer dem Hilfskatalog des BSHG angepaßten, tiefgegliederten Form vorgelegt wird. Nunmehr werden aber in Teil 2 der Jahresstatistik die Empfänger von Sozialhilfe nach persönlichen und soziologischen Gesichtspunkten mit Hilfe von Individualzählblättern erfaßt, so daß unter anderem Aussagen über Alter, Geschlecht, Familienstand sowie über die Einkommensverhältnisse und die Ursachen der Hilfsbedürftigkeit der Empfänger möglich geworden sind. Damit ermittelt die Sozialhilfestatistik über die bloße Rechnungslegung hinaus Daten, die der Gesetzgebung und Verwaltung eine detaillierte Schau über die Entwicklung des Empfängerkreises und eine sinnvolle Planung von Hilfsmaßnahmen ermöglichen.

Der Aufwand und die Empfänger von Sozialhilfe eines jeden Kalenderjahres, d.h. Teil 1 und 2 der Jahresstatistik, korrespondieren mitein-

ander, denn die Statistik der Ausgaben berücksichtigt nur Leistungen, die den Hilfeempfängern individuell und unmittelbar zugute kommen. Im Aufwand der Sozialhilfe sind nicht die Personalkosten der Verwaltung und die Kosten für Bauten und Einrichtungen enthalten; auf der Einnahmenseite erscheinen nicht die Erstattungen der Sozialhilfeträger untereinander. Wie die Positionen des Aufwandes in Teil 1 der Statistik dem Hilfskatalog des BSHG nachgebildet sind, folgen auch die Empfängergruppen des Teils 2 diesem Prinzip. Im Leistungsaufwand werden allerdings auch die einmaligen Leistungen im Rahmen der Hilfe zum Lebensunterhalt ausgewiesen, deren Empfängerzahl nur 1963 ermittelt worden ist. Seit 1964 sind die Empfänger einmaliger Hilfen zum Lebensunterhalt sowie die Pauschal- oder Globalleistungen der vorbeugenden Gesundheitshilfe nicht mehr im Empfängernachweis enthalten. Die ermittelten Empfängerzahlen können daher nur mit den Aufwendungen der entsprechenden Hilfeart, nicht aber mit dem Gesamtaufwand der Sozialhilfe verglichen werden.

Da im Empfängernachweis nur Personen erfaßt werden, die Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz erhalten, müssen bei einem Vergleich des finanziellen Leistungsaufwandes der Sozialhilfe mit den jährlichen Empfängerzahlen auch die Aufwendungen für die von den Sozialhilfeträgern erbrachten "weiteren Leistungen" außer Betracht bleiben, die in Schleswig-Holstein in den Jahren 1963 bis 1967 pro Jahr 7,3 bis 9,1 Mill. DM betragen haben und im Teil 1 der Jahresstatistik erscheinen. Es handelt sich hierbei vornehmlich um Ausgaben für die Krankenversorgung gemäß Lastenausgleichsgesetz, um die Weihnachtsbeihilfen und die Geschlechtskrankenfürsorge. Für diese Leistungen werden durch die Sozialhilfestatistik keine Empfängerzahlen ermittelt.

Soweit die Jahresstatistik der Sozialhilfe nicht ausreicht, Form und Umfang einzelner Hilfearten oder die Struktur des Kreises der Hilfeempfänger hinreichend zu durchleuchten, besteht nach dem eingangs genannten Gesetz für die Bundesregierung die Möglichkeit, jährlich einmal eine Zusatzstatistik über

Sonderfragen auf dem Gebiet der Sozialhilfe anzuordnen. Davon ist in der Berichtszeit einmal Gebrauch gemacht worden, und zwar durch die Zusatzstatistik 1966 über die Eingliederungshilfe für Behinderte.

Die Sozialhilfe löste mit dem Inkrafttreten des Bundessozialhilfegesetzes im Jahre 1962 die frühere öffentliche Fürsorge ab, weil letztere nicht mehr ganz den veränderten sozialen Anschauungen und Verhältnissen entsprach. Zur gleichen Zeit gingen die Hilfen zum Lebensunterhalt für Minderjährige, denen damit Hilfe zur Erziehung nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz gewährt wird, auf die Jugendbehörden über. Sozialhilfe greift nicht nur in Form von Hilfe zum Lebensunterhalt zur Behebung wirtschaftlicher Notlagen ein, sondern darüber hinaus auch bei besonders gearteten Notständen als Hilfe in besonderen Lebenslagen.

Im Rahmen der gesamten öffentlichen Sozialleistungen, zu denen nach der Abgrenzung des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung außer der Sozialhilfe die Rentenversicherungen, die Kranken- und Unfallversicherung, die Arbeitslosenversicherung und -hilfe, das Kindergeld, die Kriegsoferversorgung, die Kriegsopferversorge und der Lastenausgleich gehören, spielen die Ausgaben für Sozialhilfe nur eine geringe Rolle. Ihr Anteil beträgt etwa 3%. Die Höhe des Aufwandes - 1967 waren es (ohne die "weiteren Leistungen") in Schleswig-Holstein 112,6 Mill. DM und in der Bundesrepublik Deutschland 2,6 Milliarden DM - und der Umfang des betroffenen Personenkreises - in demselben Jahr waren es 70 000 bzw. 1,52 Millionen Hilfeempfänger¹ - lassen jedoch erkennen, daß die fürsorgerischen Maßnahmen in den letzten Jahren trotz der allgemein günstigen Einkommensentwicklung und der Erhöhung der anderen öffentlichen Sozialleistungen nicht an Bedeutung verloren haben. Im Gegenteil hat der konjunkturelle Rückschlag der Jahre 1966 und 1967 durch das schnelle Ansteigen der Empfängerzahlen sehr deutlich gezeigt, daß über den Kreis der durch die Statistik ausgewiesenen Hilfsbedürftigen hinaus weitere Schichten der Bevölkerung als potentielle Hilfeempfänger in Rechnung gestellt werden müssen. Eine aussagekräftige Sozialhilfestatistik, die jeweils Umfang, Struktur und Entwicklung der Hilfetätigkeit und des Empfängerkreises erkennen läßt, erscheint deshalb auch in Zeiten wirtschaftlicher Auf-

Empfänger von Sozialhilfe 1964 bis 1967
Personen mit Hilfen verschiedener Art sind mehrfach gezählt

Hilfeart	1964	1965	1966	1967
Sozialhilfe überhaupt	64 684	64 744	66 218	70 147
Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt	38 446	36 215	35 641	37 475
Hilfe in besonderen Lebenslagen	36 138	38 553	40 232	42 316
Hilfe zum Aufbau oder zur Sicherung der Lebensgrundlage		17	36	38
Ausbildungshilfe		550	556	492
Vorbeugende Gesundheitshilfe	5 121	5 005	4 830	6 856
Krankenhilfe	11 435	12 406	12 407	12 831
Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen		187	146	159
Eingliederungshilfe für Behinderte zur Schul- und Berufsausbildung	383	418	708	714
Sonstige Eingliederungshilfe für Behinderte	794	988	2 423	2 382
Tuberkulosehilfe mit Schul- und Berufsausbildung		89	137	74
Sonstige Tuberkulosehilfe	4 921	4 769	4 043	3 764
Blindenhilfe	2 150	2 396	2 449	2 502
Hilfe zur Pflege	11 011	12 235	13 577	14 020
Hilfe zur Weiterführung des Haushalts		537	583	523
Hilfe für Gefährdete		30	24	43
Altenhilfe	191	178	815	73
Sonstige Hilfe	943	1 307	633	643

wärtsentwicklung als notwendig. Sie wird der Staatsführung und der Verwaltung und darüber hinaus den Wohlfahrtsverbänden und sozialen Einrichtungen ein wichtiges Hilfsmittel der Entscheidung und Planung bleiben.

Grunddaten

Im Laufe des Jahres 1967 erhielten rund 70 000 Personen in Schleswig-Holstein laufende Hilfe zum Lebensunterhalt oder Hilfe in besonderen Lebenslagen oder beides. 1964 waren rund 65 000 Sozialhilfeempfänger gezählt worden. Das waren jeweils etwa 3% der Bevölkerung.

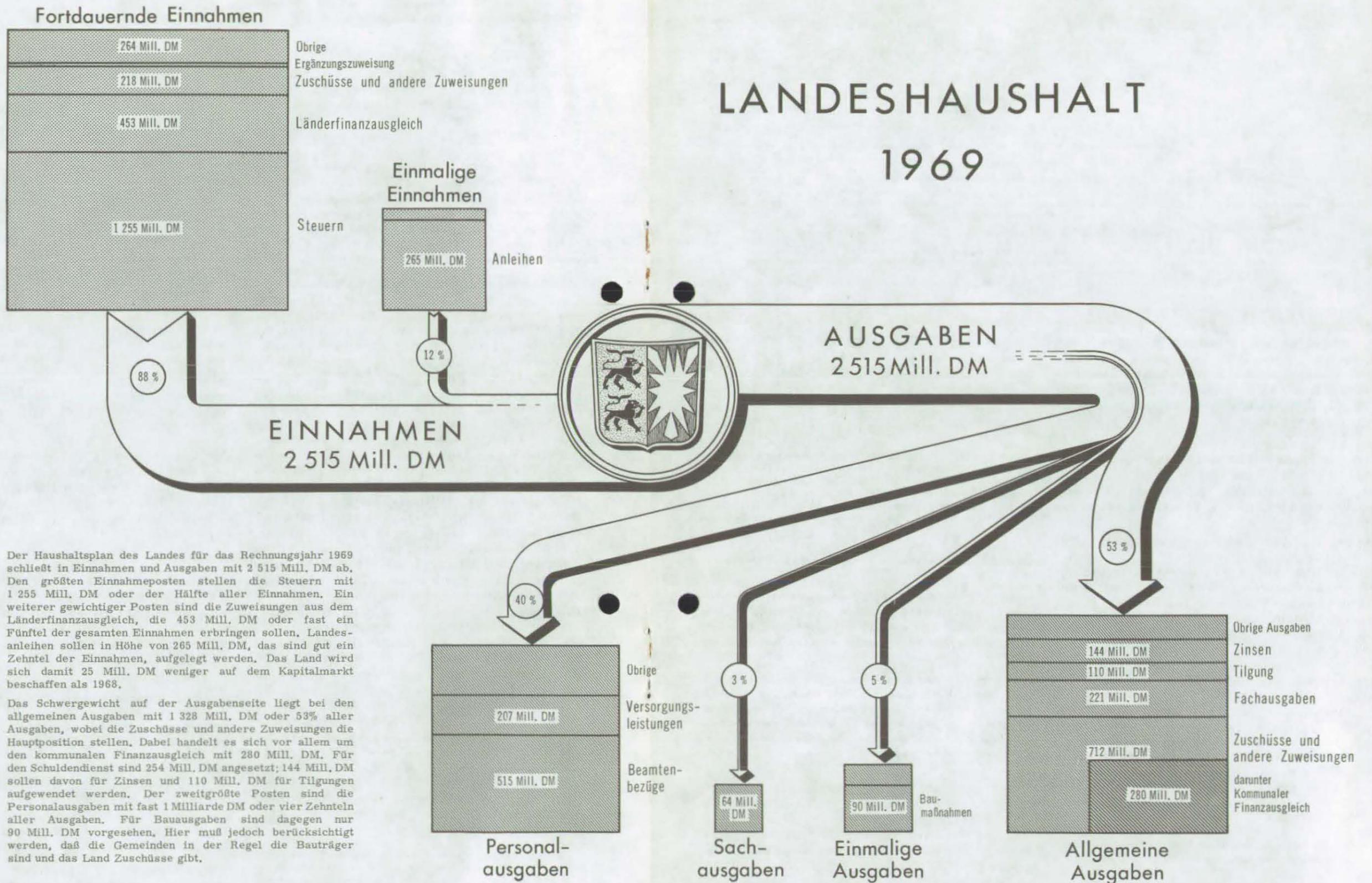
In allen Berichtsjahren waren mehr Frauen als Männer hilfebedürftig: fast zwei Drittel aller Hilfeempfänger waren weiblichen, gut ein Drittel männlichen Geschlechts.

Desgleichen blieben die Anteile der Hilfeempfänger an den drei großen Altersgruppen unverändert: drei Zehntel waren minderjährig, vier Zehntel aller Hilfeempfänger standen im Alter von 21 bis unter 65 Jahren, und weitere drei Zehntel waren 65 und mehr Jahre alt.

1967 wurden 52 300 Empfänger außerhalb von Anstalten und 19 200 in Anstalten betreut; gegenüber 1964 sind diese Zahlen um 2 700 (5%) und 2 900 (18%) gestiegen. 1 300 Personen

¹) Zählt man auch diejenigen Personen hinzu, die einmalige Hilfe zum Lebensunterhalt erhielten oder die an Gruppenverschickungen im Rahmen der vorbeugenden Gesundheitshilfe teilnahmen, belief sich die Gesamtzahl der Leistungsempfänger auf 2 Millionen Personen. Das waren rund 3% der Bevölkerung des Bundesgebietes. (Quelle: Arbeits- und sozialstatistische Mitteilungen 1969, S. 39)

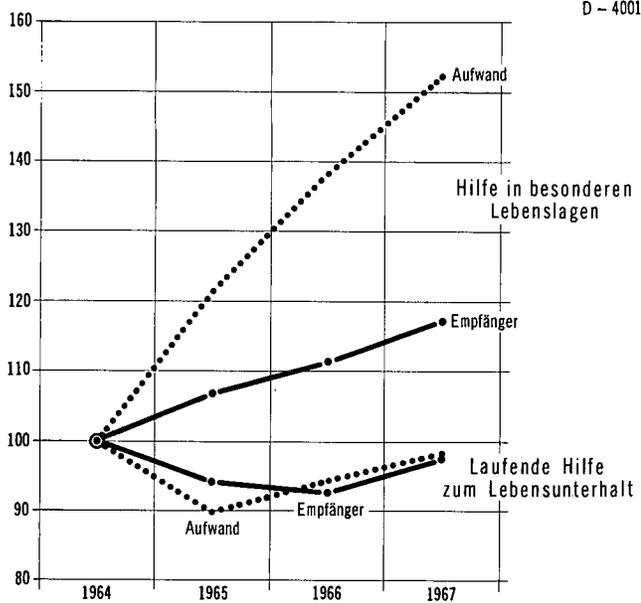
LANDESHAUSHALT 1969



Der Haushaltsplan des Landes für das Rechnungsjahr 1969 schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 2 515 Mill. DM ab. Den größten Einnahmeposten stellen die Steuern mit 1 255 Mill. DM oder der Hälfte aller Einnahmen. Ein weiterer gewichtiger Posten sind die Zuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich, die 453 Mill. DM oder fast ein Fünftel der gesamten Einnahmen erbringen sollen. Landesanleihen sollen in Höhe von 265 Mill. DM, das sind gut ein Zehntel der Einnahmen, aufgelegt werden. Das Land wird sich damit 25 Mill. DM weniger auf dem Kapitalmarkt beschaffen als 1968.

Das Schwergewicht auf der Ausgabenseite liegt bei den allgemeinen Ausgaben mit 1 328 Mill. DM oder 53% aller Ausgaben, wobei die Zuschüsse und andere Zuweisungen die Hauptposition stellen. Dabei handelt es sich vor allem um den kommunalen Finanzausgleich mit 280 Mill. DM. Für den Schuldendienst sind 254 Mill. DM angesetzt; 144 Mill. DM sollen davon für Zinsen und 110 Mill. DM für Tilgungen aufgewendet werden. Der zweitgrößte Posten sind die Personalausgaben mit fast 1 Milliarde DM oder vier Zehnteln aller Ausgaben. Für Bauausgaben sind dagegen nur 90 Mill. DM vorgesehen. Hier muß jedoch berücksichtigt werden, daß die Gemeinden in der Regel die Bauträger sind und das Land Zuschüsse gibt.

Empfänger und Aufwand der Sozialhilfe -1964 = 100-



erhielten Sozialhilfe in beiden Formen. Die Hilfeleistung in Anstalten hat also in den Berichtsjahren an Bedeutung gewonnen, was durch den noch stärkeren Anstieg der Ausgaben für diese Hilfeform (39%) besonders unterstrichen wird, in dem sich allerdings auch die Steigerung der Anstaltssätze niedergeschlagen hat².

Bei der Sozialhilfe außerhalb von Anstalten betrug im Jahre 1967 der Anteil der Frauen 63% (1964 = 65%), der der Männer 37% (35%). Bei der Anstaltshilfe gab es 61% Frauen und 39% Männer; dieses Verhältnis entsprach dem von 1964.

Von den 1967 insgesamt nachgewiesenen 70 000 Hilfeempfängern erhielten 37 500 Personen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt und 42 300 Hilfe in besonderen Lebenslagen. Rund 10 000 Personen haben also Hilfen beider Art bezogen. Gegenüber 1964 ist die Zahl der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt um 1.000 (3%) zurückgegangen, während die der Hilfe in besonderen Lebenslagen um 6 200 (17%) gestiegen ist. Dieser Entwicklung entspricht in der Berichtszeit der Rückgang der Ausgaben für die eine Hilfeart und der starke Anstieg bei der anderen².

Zum Verständnis der Differenz zwischen den Gesamtzahlen (z. B. 70 000) und dem Additionsergebnis der Einzelzahlen (37 500 + 42 300 = rd. 80 000) muß gesagt werden, daß Personen, die im Laufe des Jahres Sozialhilfe beider Art erhalten haben, bei jeder Hilfeart gezählt werden, während in den Gesamtzahlen jeder Empfänger nur einmal enthalten ist. Das gleiche gilt für Personen, die im Laufe des Jahres sowohl außerhalb als auch innerhalb von Anstalten betreut worden sind; auch hier ist die

² Vergleiche "Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe 1963 bis 1967" in Stat. Monatsh. S.-H. 1969, S. 20 (Januar)

Empfänger und Aufwand 1967 nach Hilfearten

Hilfeart	Außerhalb von Anstalten		In Anstalten	
	Empfänger	Bruttoausgaben je Empfänger in DM ¹	Empfänger	Bruttoausgaben je Empfänger in DM
Sozialhilfe überhaupt	52 262	1 064	19 192	2 970
Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt	35 735	977	1 787	2 989
Hilfe in besonderen Lebenslagen	25 455	813	17 661	2 925
Hilfe zum Aufbau oder zur Sicherung der Lebensgrundlage	40	443	-	-
Ausbildungshilfe	449	1 184	68	2 739
Vorbeugende Gesundheitshilfe	977	381	5 884	571
Krankenhilfe	11 153	381	1 900	2 333
Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen	144	369	47	1 359
Eingliederungshilfe für Behinderte	2 296	532	832	2 514
Tuberkulosehilfe	3 703	1 044	140	9 179
Blindenhilfe	2 244	2 600	270	1 739
Hilfe zur Pflege	4 994	777	9 091	4 343
Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	649	754	89	835
Hilfe für Gefährdete	5	948	64	2 806
Altenhilfe	59	1 190	14	1 455
Sonstige Hilfe	594	197	49	225

¹) Die Ausgaben je Empfänger für Sozialhilfe überhaupt sind deshalb höher als die Ausgaben für ihre beiden Bestandteile (laufende Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe in besonderen Lebenslagen); weil die Ausgaben-Gesamtsumme zwar die Addition der beiden Teilsummen darstellt, die Empfänger-Gesamtzahl jedoch wegen der im Text erwähnten Mehrfachzählungen geringer ist als die Addition der beiden Untergruppen

Gesamtzahl niedriger als die Summe der Empfänger in den einzelnen Hilfeformen.

Ferner ist zu bemerken, daß die Empfängerstatistik zwar sämtliche Personen nachweist, die während des Berichtsjahres Hilfe empfangen haben, aber nicht alle Hilfestellungen, denn jede Person wird in jeder Hilfeart nur bei der erstmaligen Gewährung gezählt.

Schließlich sei darauf hingewiesen, daß der Empfängerkreis in allen Berichtsjahren ungeachtet der Kostentragung nach dem Wohnortprinzip gegliedert ist. Nur diejenigen Personen, die vom überörtlichen Träger, dem Amt für Wohlfahrt und Sozialhilfe (bis Ende 1967 Landessozialamt), unmittelbar Hilfe erhalten haben, sind gesondert ausgewiesen.

Sowohl die Zahl der Hilfeempfänger als auch die Höhe der Ausgaben zeigt, daß außerhalb von Anstalten überwiegend laufende Hilfe zum Lebensunterhalt und in Anstalten überwiegend Hilfe in besonderen Lebenslagen gewährt wird. Gemäß § 27 Abs. 3 BSHG umfaßt die Hilfe in besonderen Lebenslagen, sofern sie in einer Anstalt gewährt wird, auch den Lebensunterhalt; sie wird aber

nur als Hilfe in besonderen Lebenslagen gezählt.

Im Laufe des Jahres 1967 empfangen 28 von 1 000 Einwohnern Schleswig-Holsteins für kürzere oder längere Zeit Leistungen der Sozialhilfe. Von 1 000 männlichen Einwohnern erhielten nur 22 eine Sozialhilfe, von 1 000 weiblichen aber 34. Die sogenannte Sozialhilfedichte war in den kreisfreien Städten (39) höher als in den Kreisen (24) und innerhalb beider Gruppen sehr verschieden. 1964 belief sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger je 1 000 Einwohner in Schleswig-Holstein auf 27, ist also bis 1967 insgesamt gestiegen, wobei in den kreisfreien Städten der Anstieg beachtlich war (von 32,3 auf 39,1), während in den Kreisen eine Abnahme zu beobachten ist (24,3 auf 23,5).

Sozialhilfe in Anstalten erhielten 1964 und 1967 knapp 7 und knapp 8 von 1 000 Einwohnern. In den kreisfreien Städten (bei durchschnittlich 11) ragte 1967 Neumünster mit 13, in den Kreisen (bei durchschnittlich 6) Flensburg-

Land mit 9 Empfängern von Sozialhilfe in Anstalten auf 1 000 Einwohner hervor.

Der durchschnittliche Aufwand für den einzelnen Hilfeempfänger war in den Hilfearten sehr unterschiedlich. Für Anstaltshilfe je Empfänger wurde 1967 fast dreimal soviel (2 970 DM) ausgegeben wie für jeden Hilfeempfänger außerhalb von Anstalten (1 064 DM). Die teuersten Hilfearten in Anstalten waren die Tuberkulosehilfe mit 9 200 DM und die Hilfe zur Pflege mit 4 300 DM je Empfänger, die kostspieligste Art von Hilfe außerhalb von Anstalten war die Blindenhilfe, für die 2 600 DM je Empfänger im Schnitt ausgegeben wurde.

Die Mehrheit der 70 000 Sozialhilfeempfänger Schleswig-Holsteins im Jahre 1967, nämlich 84% von ihnen hat nur eine Hilfeart in Anspruch genommen, wobei jedoch die Möglichkeit besteht, daß die Empfänger die Hilfe außerhalb und innerhalb von Anstalten erhalten haben. Seit 1964 hat sich dieser Anteil kaum verändert. Das gleiche gilt vom Anteil der Empfänger von zwei Hilfearten, der etwa 15% ausmachte. Jeweils nur 1% aller Sozialhilfeempfänger hat drei und mehr Hilfearten bekommen. In allen Berichtsjahren hat ein gutes Viertel (rund 10 000) der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt gleichzeitig eine oder mehrere Hilfen in besonderen Lebenslagen empfangen; von den Empfängern von Krankenhilfe haben mehr als zwei Drittel weitere Hilfen in Anspruch genommen.

Die Sozialhilfedichte in den Kreisen

KREISFREIE STADT — Kreis	1964		1967	
	Sozialhilfe insgesamt	Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Anstalten	Sozialhilfe insgesamt	Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Anstalten
	Empfänger je 1 000 Einwohner			
FLensburg	28,3	17,0	29,5	15,0
KIEL	35,6	22,6	42,5	23,6
LÜBECK	30,1	17,4	38,7	21,6
NEUMÜNSTER	32,9	19,5	40,6	22,5
Kreisfreie Städte	32,3	19,7	39,1	21,5
Eckernförde	29,8	20,6	29,5	16,0
Eiderstedt	22,3	16,7	21,3	9,9
Eutin	26,1	15,3	26,4	13,2
Flensburg-Land	25,2	12,0	25,1	12,0
Hzgt. Lauenburg	26,0	14,6	29,0	13,8
Husum	19,2	11,9	22,8	12,1
Norderdithmarschen	21,9	12,0	18,5	9,4
Oldenburg in Holstein	26,2	15,0	23,8	12,4
Pinneberg	18,4	8,8	19,0	8,8
Plön	28,5	16,6	24,1	12,0
Rendsburg	28,4	14,8	25,8	12,8
Schleswig	24,4	14,2	22,0	11,3
Segeberg	20,3	9,7	21,0	10,9
Steinburg	26,2	15,0	27,0	12,7
Stormarn	22,7	10,7	20,3	8,7
Süderdithmarschen	28,5	17,5	25,4	16,9
Südtondern	23,1	10,2	21,7	8,6
Kreise	24,3	13,3	23,5	11,6
Landessozialamt	0,3	—	0,3	—
Schleswig-Holstein	26,9	15,1	28,1	14,3

Von der Stellung der Hilfeempfänger im Haushalt gab die Statistik für 1967 folgendes Bild: 55% aller Empfänger von Sozialhilfe waren Haushaltsvorstände (Alleinstehende oder Vorstände von Mehrpersonenhaushalten), 11% Ehegatten und 31% unverheiratete Kinder oder Enkelkinder des Haushaltsvorstandes. Der Rest von 4% waren Eltern, Schwiegereltern, Geschwister des Haushaltsvorstandes oder sonstige verwandte und nichtverwandte Personen. In dieser Hinsicht hat sich gegenüber 1964 fast nichts geändert.

Dabei wurden auch Hilfeempfänger, die dauernd (in der Regel als Pflegefälle) in Anstalten lebten, als Haushaltsvorstand angesehen. Als Kinder galten — unabhängig vom Alter — ledige eheliche und uneheliche Kinder, Stief- und Adoptivkinder, dgl. Enkelkinder im Haushalt der Großeltern, die überwiegend von den Großeltern unterhalten wurden und deren Eltern nicht auch in diesem Haushalt lebten. Zu den "sonstigen Personen" wurden nichtledige Kinder im Haushalt der Eltern, Pflegekinder, Schwiegeröhne und Schwiegertöchter sowie Enkelkinder im Haushalt der Großeltern gezählt, deren Eltern oder ein Elternteil ebenfalls dort lebte.

Bei der Hilfe in besonderen Lebenslagen war 1967 der Anteil der Haushaltsvorstände (einschließlich Alleinstehender) größer (59%)

als bei der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt (51%). Der Anteil sowohl der Ehegatten als auch der sonstigen Personen war bei beiden Hilfearten gleich groß. Der Anteil der Kinder war bei der Hilfe in besonderen Lebenslagen kleiner als bei der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt (26% : 34%). Diese Verhältnisse haben sich gegenüber den Vorjahren nur wenig verändert.

Bei fast allen Arten der Hilfe in besonderen Lebenslagen überwog der Anteil der Haushaltsvorstände gegenüber dem der Ehegatten und dem der Kinder, jedoch traten die Kinder bei der Ausbildungshilfe, der vorbeugenden Gesundheitshilfe, Eingliederungshilfe für Behinderte zur Schul- und Berufsausbildung und Tbc-Hilfe mit Schul- und Berufsausbildung stärker in Erscheinung. Bei der Hilfe zur Pflege ist außerdem der Anteil der sonstigen Personen mit 8% aller Empfänger dieser Hilfeart bemerkenswert.

Die Zahl der Ausländer und Staatenlosen sowie der Zugewanderten war, gemessen an der Gesamtzahl der Sozialhilfeempfänger Schleswig-Holsteins, gering; ihr gemeinsamer Anteil betrug in jedem der Berichtsjahre 2%.

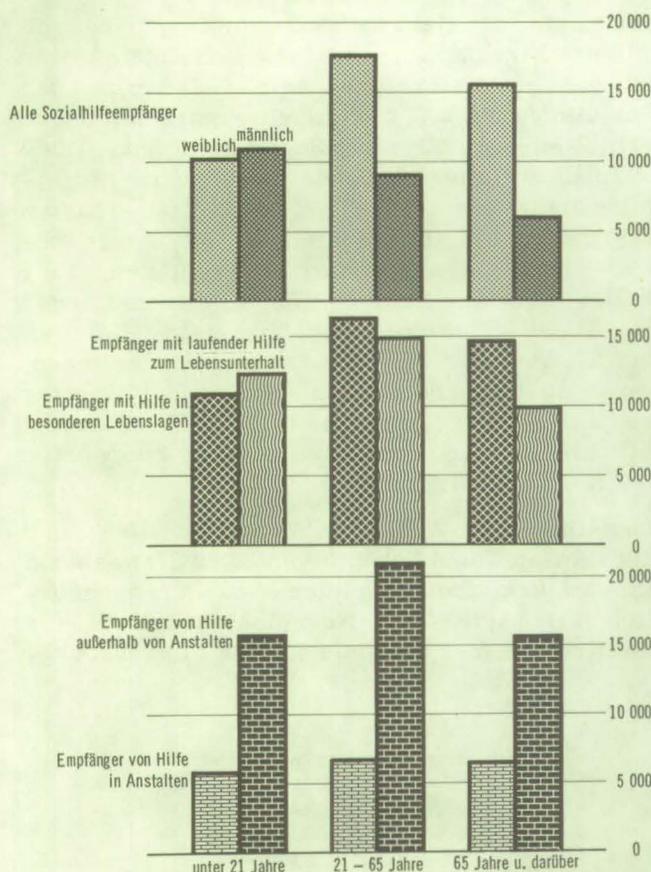
Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt

Mit laufender Hilfe zum Lebensunterhalt wurden 1967 13 200 männliche (35%) und 24 300 weibliche Hilfesuchende (65%) unterstützt. Von den weiblichen Empfängern waren ein reichliches Viertel minderjährig, 44% 21 bis unter 65 Jahre alt und 30% 65 Jahre und darüber. Bei den Männern war fast die Hälfte minderjährig (48%), dagegen waren nur 32% 21 bis 65 Jahre alt und 20% mindestens 65 Jahre alt. Der größere Anteil der weiblichen Empfänger in den beiden höheren Altersgruppen dürfte mit der großen Zahl der Alleinstehenden zusammenhängen, denen ein eigener Rentenversicherungsschutz fehlt oder deren Witwenbezüge häufig unter dem Regelbedarf für den Lebensunterhalt liegen. Bis auf geringfügige Veränderungen sind diese Verhältniszahlen in den Berichtsjahren gleichgeblieben.

Die Zahl der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt, die von 1964 bis 1966 jährlich um 10%, 6% und 2% zurückgegangen war, ist im Jahr 1967 um 5% gegenüber dem Vorjahr wieder gestiegen. Während offenbar zunächst die Verbesserung anderweitiger Sozialleistungen (Sozialrenten, Kriegsopferversorgung, Kindergeld) und die anhaltend günstige Arbeitslage zu einem Absinken der Empfängerzahlen geführt haben, hat die wirtschaftliche Rezession der beiden letzten Berichtsjahre, die mit einer gewissen

D - 4002

Sozialempfänger nach dem Alter im Jahre 1967



Arbeitslosigkeit einherging, einen Anstieg bewirkt.

1967 lebten von je 100 Personen, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt erhielten, 95 außerhalb von Anstalten (1964 = 94). 39 von diesen waren Alleinstehende (41), meist ältere Frauen, die übrigen lebten in Mehrpersonenhaushalten. 5% der Empfänger dieser Hilfeart befanden sich in Anstalten.

Die Empfängerdichte, die sich aus der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Anstalten im Laufe des Jahres 1967 errechnet und die bei den einzelnen Sozialhilfeträgern weit streute (von nur 9 in den Kreisen Südtondern, Stormarn, Pinneberg und Norderdithmarschen bis 24 in Kiel), belief sich durchschnittlich auf 14 Empfänger je 1 000 Einwohner (1964 = 15).

Neben der Erhebung der Sozialhilfeempfänger im Laufe des Jahres wird noch die Zahl der Empfänger an einem Stichtag, nämlich dem 31. 12., ermittelt, jedoch nur die Zahl der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Anstalten. Das waren 1964 27 800 und 1967 24 600 Personen. Durch Vergleich mit den Zahlen der im Laufe des ganzen Jahres Betreuten ergibt sich, daß 1964 8 500 und 1967 11 200 Empfänger im Laufe des Jahres aus der Betreuung aus-

geschieden sind, was etwa einem Viertel und einem Drittel aller Empfänger dieser Hilfeart entspricht. Man kann nun annehmen, daß der genannte Empfängerkreis in einem Zeitraum von 3 bis 4 Jahren seinen Bestand zur Hauptsache gewechselt hat und daß nach 3 bis 4 Jahren nur noch wenige der anfänglich Betreuten diese Hilfeart erhalten. Man kann aber auch annehmen, daß ein gewisser Teil der Empfänger ständig betreut wird und daß daher der Rest in noch kürzerer Zeit, vielleicht sogar jährlich, wechselt. Außerdem zeigt sich, daß die Fluktuation seit 1964 größer geworden ist, d. h. die Betreuten schneller gewechselt haben und sich somit die durchschnittliche Betreuungsdauer mit dieser Hilfeart verkürzt hat.

Auf 1 000 Einwohner entfielen am Ende des Jahres 1967 durchschnittlich 10 Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Anstalten gegenüber 12 am Jahresende 1964. In den kreisfreien Städten gab es am 31. 12. 1967 auf 1 000 Einwohner 14 Empfänger einer solchen Hilfe (1964 = 15), in den Kreisen 8 (1964 = 10).

Hilfe in besonderen Lebenslagen

Die Zahl der Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen hat in den Jahren 1964 bis 1967 zugenommen, und zwar um 7%, 4% und 5% gegenüber dem Vorjahr. Es setzt sich damit die Tendenz des Gesetzes durch, nach der die Hilfe in besonderen Lebenslagen den Schwerpunkt der Hilfgewährungen bilden soll. Die Hilfesuchenden haben im Laufe der Jahre genauere Kenntnis von den vielschichtigen Möglichkeiten dieser Hilfeart erhalten und schöpfen sie in zunehmendem Maße aus.

Unter den 42 300 Empfängern von Hilfe in besonderen Lebenslagen im Jahre 1967 gab es 26 300 weibliche (62%); auch hier überwogen also die Frauen, wenn auch etwas weniger als bei der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt. Von ihnen waren 20% minderjährig, 40% im Alter von 21 bis 65 Jahren und 40% 65 Jahre und älter. Die männlichen Empfänger dieser Hilfeart verteilten sich auf dieselben Altersklassen mit 36, 37 und 27%, waren also häufiger jünger als die Frauen. 1964 gab es folgende Relationen: bei den weiblichen Empfängern 19, 47 und 34%, bei den männlichen 35, 41 und 24%. Der Anteil der höchsten Altersgruppe hat sich also bei beiden Geschlechtern während der Berichtszeit vergrößert.

Hilfe in besonderen Lebenslagen wurde 1964 und 1967 zu rund 60% an außerhalb von Anstalten lebende Personen gegeben; 40% befanden sich in Anstalten. Die Verhältnisse lagen somit in diesem Punkte anders als bei

der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt, wo sich 95% und 5% gegenüberstanden. Von den Empfängern außerhalb von Anstalten wurden vornehmlich Krankenhilfe, Tbc-Hilfe, Blindenhilfe, Hilfe zur Weiterführung des Haushalts, Ausbildungshilfe und sonstige Eingliederungshilfe in Anspruch genommen, während von den Empfängern in Anstalten vor allem vorbeugende Gesundheitshilfe, Eingliederungshilfe für Behinderte zur Schul- und Berufsausbildung und Hilfe zur Pflege bezogen wurden. Die Hilfeart, die am meisten in Anstalten gewährt wurde, war Hilfe zur Pflege; die, die außerhalb von Anstalten am meisten vorkam, war Krankenhilfe.

Im Bereich der Hilfe in besonderen Lebenslagen bildeten die Empfänger von Hilfe zur Pflege mit 33% die größte Gruppe (1964 = 30%), an zweiter Stelle stand mit 30% die Gruppe, die Krankenhilfe erhielt (32%). Schon 1966 ist die Zahl der Empfänger von Hilfe zur Pflege an die erste Stelle gerückt; sie hat 1967 über 14 000 Personen erfaßt, während durch Krankenhilfe 12 800 betreut wurden. Sodann folgten die Gruppen der Empfänger von vorbeugender Gesundheitshilfe mit 16% und von Tbc-Hilfe mit 9%, die 1964 noch 14% ausmachten und seitdem von Jahr zu Jahr zurückgegangen ist.

Auf dem Gebiet der Altenhilfe ist der Nachweis unvollständig, weil diese Hilfeart vielfach in Form von Pauschalleistungen an die Verbände der freien Wohlfahrtspflege gewährt wird, deren Empfänger nicht erfaßt werden. Die Schwankungen der Empfängerzahlen der Jahre 1964 bis 1967, die sich bei der Eingliederungshilfe und der sonstigen Hilfe ergeben haben, sind auf unterschiedliche Erfassung in den einzelnen Jahren zurückzuführen, so daß ein Vergleich der Jahresergebnisse untereinander nur bedingt möglich ist.

In den einzelnen Hilfearten war die Verteilung der Empfänger nach dem Geschlecht unterschiedlich, wenn auch bis auf Ausbildungshilfe, Eingliederungshilfe für Behinderte zur Schul- und Berufsausbildung und Tbc-Hilfe mit Schul- und Berufsausbildung grundsätzlich die Frauen in der Überzahl waren. Besonders stark war das Übergewicht der Frauen in der Krankenhilfe (69%), in der vorbeugenden Gesundheitshilfe (64%) und in der Hilfe zur Pflege (62%).

Alter der Hilfeempfänger

Die Leistungen der Sozialhilfe kamen zu je drei Zehnteln jungen Menschen unter 21 Jahren und alten über 65 Jahre zugute, also in der Hauptsache nichterwerbsfähigen Personen.

Empfänger von Sozialhilfe nach Alter und Geschlecht
 - Personen mit beiden Hilfearten sind bei jeder Hilfeart gezählt -

Alter und Geschlecht		1964		1967	
		Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt	Hilfe in besonderen Lebenslagen	Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt	Hilfe in besonderen Lebenslagen
Insgesamt	männlich	12 842	13 556	13 158	16 032
	weiblich	25 604	22 582	24 317	26 284
davon in %					
unter 21 Jahre	männlich	48,7	35,1	47,9	36,1
	weiblich	24,1	18,9	25,6	19,9
21 bis " 25 "	männlich	1,0	3,1	1,6	2,4
	weiblich	1,6	2,1	1,9	1,7
25 " " 50 "	männlich	9,3	18,4	16,0	18,1
	weiblich	18,9	20,4	20,9	18,3
50 " " 65 "	männlich	18,5	19,8	14,6	16,7
	weiblich	26,2	24,5	21,3	20,1
65 Jahre und darüber	männlich	22,5	23,6	19,8	26,6
	weiblich	29,2	34,1	30,4	40,1

Bei den Minderjährigen betrug der Anteil der weiblichen Hilfeempfänger 49%, in den Altersklassen darüber stieg er mit zunehmendem Alter. Bei den mindestens 65 Jahre alten Betreuten kamen sogar auf 2 männliche Empfänger 5 weibliche.

Bei Sozialhilfe außerhalb von Anstalten stellten 1967 die 65 und mehr Jahre alten Personen 30% aller Empfänger (1964 = 28%), bei Sozialhilfe innerhalb von Anstalten sogar 34% (1964 = 31%). Auf Anstaltshilfe waren infolge Krankheit, körperlicher oder geistiger Gebrechen häufig auch Personen im Alter von 21 bis 65 Jahren angewiesen (35%; 1964 = 40%).

Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Anstalten wurde überwiegend an Personen unter 65 Jahren gegeben (76%; 1964 = 75%), dieselbe Hilfe in Anstalten hauptsächlich an über 65 Jahre alte Personen (83%; 1964 = 62%). Entsprechend der speziellen Zweckbestimmung der Hilfen in besonderen Lebenslagen (z. B. Hilfe für werdende Mütter, Altenhilfe) war der Altersaufbau bei den einzelnen Hilfearten sehr unterschiedlich. Vorbeugende Gesundheitshilfe betraf vornehmlich Minderjährige in Form von Kinderverschickung; Hilfe zum Aufbau und zur Sicherung der Lebensgrundlage, Eingliederungshilfe für Behinderte sowie Ausbildungshilfe gingen in der Regel an jüngere und mittlere Altersklassen. Mit Kranken- und Tbc-Hilfe, mit Blindenhilfe, Hilfe zur Pflege und Altenhilfe wurden hauptsächlich Menschen mittleren und höheren Alters bedacht.

Die Haushalte

Neben den Empfängern wurde auch die Zahl der Haushalte (und Haushaltsteile) mit Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt

ermittelt. Das ergab 1967 außerhalb von Anstalten 21 100 und in Anstalten 1 700 Haushalte, d.h. zusammen 22 700 Haushalte mit 37 500 Empfängern. 1964 waren es 24 200 Haushalte mit 38 400 Empfängern gewesen. Somit entfielen in den beiden Vergleichsjahren durchschnittlich auf 10 Haushalte 16 Empfänger. Die 21 100 Haushalte mit 35 700 Empfängern, denen im Jahre 1967 laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von

Haushalte mit Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Anstalten nach dem Haushaltstyp im Jahre 1967

Typ des Haushalts	Zahl der Hilfeempfänger	Haushalte		
		insgesamt	mit ange-rechnetem Einkommen	ohne Einkommen
Alle Haushalte	35 735	21 051	13 709	7 342
davon				
Alleinstehende	13 961	13 961	7 937	6 024
Ehepaare ohne Kinder	4 572	2 286	1 776	510
Ehepaare mit 1 Kind	1 305	435	265	170
Ehepaare mit 2 Kindern	1 328	332	332	-
Ehepaare mit 3 und mehr Kindern	3 778	596	596	-
Elternteile mit 1 Kind	1 864	932	514	418
Elternteile mit 2 Kindern	2 469	823	823	-
Elternteile mit 3 und mehr Kindern	4 044	827	827	-
Einzelner erfaßter Ehegatte mit Kindern	622	173	107	66
Sonstige Haushalte mit 2 Personen	880	440	310	130
Sonstige Haushalte mit 3 und mehr Personen	912	246	222	24

Anstalten gewährt wurde, sind darüber hinaus in Haushaltstypen gegliedert worden. Von ihnen bestanden 14 000 aus alleinstehenden Personen (66%), 2 600 aus Elternteilen mit Kindern (12%), 2 300 aus Ehepaaren ohne Kinder (11%) und 1 400 aus Ehepaaren mit Kindern (6%). Die übrigen Haushaltstypen lagen bei 2% und weniger. Von den Alleinstehenden waren vier Fünftel Frauen. Gegenüber den Anteilzahlen von 1964 haben sich keine nennenswerten Veränderungen ergeben.

Die Haushaltsvorstände aller 21 100 Haushalte befanden sich 1967 zu 36% in der Altersgruppe von 65 und mehr Jahren. 26% aller Haushaltsvorstände waren 50 bis 65 Jahre alt und 27% waren 25 bis 50 Jahre alt. Minderjährige Haushaltsvorstände gab es 1 700 (8%). Der Rest von 3% war 21 bis 25 Jahre alt. Die 9 100 einzeln nachgewiesenen weiblichen Haushaltsvorstände waren zu 53% 65 und mehr Jahre, zu 36% 50 bis 65 Jahre alt und zu 11% 25 bis 50 Jahre alt; auf die Altersklassen unter 25 Jahre entfiel demnach noch nicht 1%. Die sonstigen einzeln nachgewiesenen Hilfeempfänger, und zwar sowohl die männlichen als auch die weiblichen, gehörten überwiegend zur Altersgruppe unter 21 Jahre. Bei den 2 300 Ehepaaren ohne Kinder war der Haushaltsvorstand zu 58% 65 und mehr Jahre alt und nur zu 6% jünger als 50 Jahre. Die Elternteile mit Kindern gehörten überwiegend in die Altersgruppe von 25 bis 50 Jahre.

Hauptursachen der Hilfestellung

Bei allen 22 700 Haushalten außerhalb und in Anstalten, die 1967 laufende Hilfe zum Lebensunterhalt bekamen, wurde die Hauptursache der Hilfestellung festgestellt. In 10 300 Haushalten war schlechthin unzureichendes Einkommen als Hauptursache der Hilfestellung angegeben; das waren 45% gegenüber 52% im Jahre 1964. Die überwiegende Zahl dieser einkommensschwachen Haushalte bestand aus alleinstehenden Frauen. Bei den übrigen 55% der Haushalte konnte eine besondere Ursache für das Fehlen ausreichenden Einkommens und für die Hilfestellung ermittelt werden: für 15% aller Haushalte war die Hauptursache Krankheit (1964 = 20%), für 9% Ausfall des Ernährers, für 3% Tod des Ernährers, und weniger als 1% der Haushalte waren wegen unwirtschaftlichen Verhaltens hilfebedürftig. Die "sonstigen" Anlässe zur Gewährung laufender Hilfe zum Lebensunterhalt ergaben 27% und waren damit um 13 Punkte gegenüber 1964 gestiegen. Es ist allerdings nicht zu klären, in welchem Maße diese Zunahme auf Änderung der Ausfüllungsgewohnheiten der Berichtsstellen zurückzuführen ist.

Angerechnetes Einkommen

Da Sozialhilfe nur gewährt wird, wenn alle anderen Hilfsquellen des Hilfesuchenden erschöpft sind, und da laufende Hilfe zum Lebensunterhalt grundsätzlich nur solche Personen erhalten, die kein oder ein unter dem Regelbedarf liegendes Einkommen haben, war es von Interesse festzustellen, wie viele Haushalte ein eigenes Einkommen haben. Die einen müssen in voller Höhe des Regelsatzes unterstützt werden, die anderen erhalten nur eine ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt.

Bei 15 100 Haushalten - das waren 67% aller im Jahre 1967 gezählten 22 700 Haushalte (1964 = 64%) - wurde vorhandenes Einkommen angerechnet, davon bei 9 000 Haushalten Leistungen aus der gesetzlichen Unfall-, Renten- und Handwerkerversicherung oder aus der landwirtschaftlichen Alterssicherung. Die nächstgrößte homogene Gruppe bildeten die Haushalte mit privaten Unterhaltsleistungen (1 500 Haushalte), dann folgten die Haushalte mit Einkünften aus Erwerbstätigkeit (600) und aus Lastenausgleichsbezügen (500). Daneben wurden noch Einkünfte aus Krankenversicherungsbezügen, Leistungen der Kriegsoferversorgung, Arbeitslosengeld oder -hilfe und Renten aus Privatversicherungen angerechnet, die aber zusammen nur in 700 Haushalten vorkamen. Die Haushalte mit "sonstigen Einkünften", z. B. Kindergeld, beliefen sich auf 4 600, die damit im Gegensatz zu allen anderen Gruppen im Vergleich zu 1964 (3 200 Haushalte) beträchtlich zugenommen haben. Verschiedentlich waren auch mehrere Einkommensarten vorhanden, durch die sich

Haushalte mit Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt nach angerechnetem Einkommen im Jahre 1967

Angerechnetes Einkommen	Außerhalb von Anstalten ¹	In Anstalten ¹	Zusammen
Einkünfte aus Erwerbstätigkeit	635	4	638
Krankenversicherungsbezüge	54	3	57
Leistungen aus der gesetzlichen Unfall- und Rentenversicherung	7 880	1 141	9 000
Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz	143	57	200
Bezüge nach dem Lastenausgleichsgesetz	231	310	541
Arbeitslosengeld bzw. -hilfe	329	2	331
Renten aus Privatversicherungen und betrieblicher Alterssicherung	82	22	104
Private Unterhaltsleistungen	1 391	67	1 457
Sonstige Einkünfte	4 524	69	4 585
Zusammen	13 709	1 429	15 112

1) einschließlich Mehrfachzählungen

aber der Lebensunterhalt noch nicht in vollem Umfang bestreiten ließ. 7 600 Haushalten oder 33% (1964 = 36%) aller Haushalte fehlte jegliches anrechenbare Einkommen, so daß ihnen Lebensunterhalt in voller Höhe des Regelsatzes gewährt werden mußte. Die meisten der einkommenslosen Haushalte bestanden aus alleinstehenden Frauen. An der Gruppe der Haushalte mit angerechnetem Einkommen außerhalb von Anstalten (13 700) waren die Haushalte von Alleinstehenden und Ehepaaren ohne Kinder besonders stark beteiligt, und zwar mit 58% und 13% gegenüber 62% und 16% im Jahre 1964. Dann folgten die Elternteile mit 2 sowie 3 und mehr Kindern mit je 6%. Der Anteil aller anderen Haushaltstypen betrug nur 4% und weniger. Die 7 900 Haushalte der Alleinstehenden bestanden zu 70% (1964 zu 64%) aus Sozialversicherungsrentnern, waren also überwiegend ältere Jahrgänge.

Haushalte, die mehrere anrechenbare Einkünfte hatten, sind mehrmals gezählt, aber nicht gesondert ausgewiesen worden.

Abgesehen von Berlin mit 54 Sozialhilfeempfängern auf 1 000 Einwohner war die Empfängerdichte des Jahres 1966 in Bremen mit 31, in Hamburg mit 30 und Nordrhein-Westfalen mit 29 größer als in Schleswig-Holstein, wo 27 Empfänger auf 1 000 Einwohner kamen. In allen anderen Ländern lag sie unter dem hiesigen Satz, am niedrigsten in Baden-Württemberg mit 17 und in Bayern

Sozialhilfeempfänger nach Ländern 1966

Land	Sozialhilfeempfänger insgesamt	
	in 1 000	je 1 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	66,2	26,8
Niedersachsen	157,8	22,6
Nordrhein-Westfalen	486,9	28,9
Hessen	115,9	22,1
Rheinland-Pfalz	67,3	18,6
Baden-Württemberg	140,5	16,5
Bayern	189,4	18,5
Saarland	25,5	22,5
Hamburg	55,0	29,8
Bremen	23,3	31,1
Berlin (West)	117,3	53,7
Bundesgebiet	1 445,0	24,2

Quelle: Statistisches Bundesamt

mit 19 Empfängern. Im Bundesdurchschnitt kamen 24 Sozialhilfeempfänger auf 1 000 Einwohner. Die Rangfolge der Länder war in den beiden großen Empfängergruppen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe in besonderen Lebenslagen die gleiche wie bei allen Sozialhilfeempfängern insgesamt. 1967 waren in Schleswig-Holstein unter 1 000 Einwohnern 28 Sozialhilfeempfänger, also einer mehr als 1966 und davor.

Dr. Georg Goldmann

Vergleiche auch: "Die Sozialhilfeempfänger in Schleswig-Holstein im Jahre 1964" in Stat. Monatsh. S.-H. 1966, S. 107 (Mai) und "Sozialhilfeempfänger 1967" in Wirtschaft und Statistik 1968, S. 613 (Dezember)

Kurzberichte

Die Verbreitung des Futterhackfrucht- und Grünmaisbaus

Futterhackfrüchte

Als Futterhackfrüchte werden in Schleswig-Holstein hauptsächlich Runkelrüben und Kohlrüben angebaut. Diese beiden Rübenarten nehmen derzeit je etwa 20 000 ha ein. Daneben gibt es noch kleinere Flächen an Futterkohl (Markstammkohl) und Futtermöhren.

Wie in einem früheren Beitrag¹ dargestellt, können Runkel- und Kohlrüben bei unserem maritimen Klima mit kühlen, niederschlagsreichen Sommern außerordentlich hohe Erträge erbringen. Außerdem stellen die Rüben wertvolle Glieder innerhalb getreidereicher Frucht-

folgen dar. Da seit einigen Jahren der hohe Handarbeitsaufwand in der Pflege und Ernte teilweise durch Anwendung neu konstruierter Maschinen erheblich gesenkt werden kann, haben die Futterhackfrüchte in den letzten Jahren etwa ihren Stand halten können.

Von 1949 bis 1966 hat zwar die Zahl der Betriebe, die Futterhackfrüchte anbauten, um fast 18 000 abgenommen; gleichzeitig nahm jedoch auch die Gesamtzahl der Betriebe um über 6 000 ab und zwar ganz besonders stark in den Betriebsgrößenklassen, in denen der Futterhackfruchtanbau sehr stark verbreitet war und ist. Das sind die klein- und mittelbäuerlichen Betriebe zwischen 10 und 20 ha LgF (LN). Daneben ist jedoch der Futterhackfruchtanbau auch in den mittel- und großbäuerlichen Betrieben zwischen 20 und 100 ha LgF (LN) stark verbreitet. Von den Kleinbetrieben unter 10 ha LgF dagegen baut nur knapp ein Drittel Futterhackfrüchte an. Unter

¹Die Hackfrucht- und Gemüseernte 1968" in Stat. Monatsh. S.-H. 1969, S. 54 (März)

Betriebe mit Futterhackfrüchten 1966
- EWG-Agrarstrukturerhebung -

Größenklasse nach der LgF ¹ in ha	Zahl der Betriebe insgesamt	darunter Betriebe mit Futterhackfrüchten		Futterhackfrucht-anbaufläche	
		Anzahl	%	ha	ha je Betrieb
unter 10	21 623	5 833	27	2 568	0,4
10 - 20	10 640	8 238	77	8 483	1,0
20 - 50	18 755	15 471	82	25 489	1,6
50 - 100	3 153	2 295	73	5 701	2,5
100 und mehr	602	359	60	1 358	3,8
Insgesamt	54 773	32 196	59	43 599	1,4
dagegen 1949 ^b	60 927 ^a	50 050	82	64 030	1,3

1) landwirtschaftlich genutzte Fläche

a) Betriebe mit 1 und mehr ha LN

b) Landwirtsch. Betriebszählung

den Kleinbetrieben gibt es relativ viele Spezialbetriebe wie Gärtnereien und Baumschulen und extensiv organisierte Nebenerwerbsbetriebe ohne Rindviehhaltung oder auch reine Gräsungsbetriebe, die keine Futterhackfrüchte verwerten können.

Die Futterhackfruchtfläche je Betrieb ist verhältnismäßig klein; das trifft sogar für die Großbetriebe zu. Im Durchschnitt aller Betriebe mit Futterhackfrüchten wurden 1949 knapp 1,3 ha und 1966 nur knapp 1,4 ha je Betrieb angebaut.

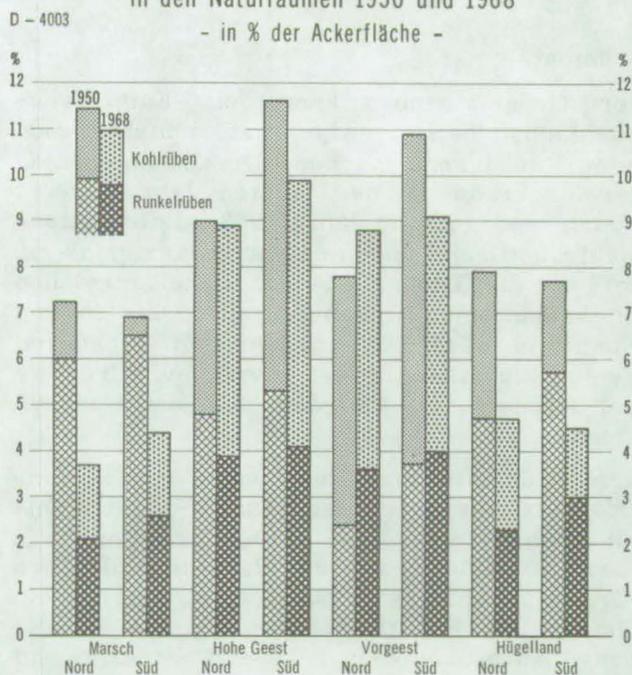
Die weitere Untersuchung kann auf die Runkelrüben und Kohlrüben als die allein bedeutenden Futterhackfrüchte beschränkt werden.

Im Jahre 1967 bauten nach unseren Schätzungen gut 23 000 Betriebe Runkelrüben und 19 000 Betriebe Kohlrüben an. Vergleicht man diese Zahlen mit der Gesamtzahl der Betriebe mit Futterhackfrüchten im Vorjahr (gut 32 000), so kann man daraus erkennen, daß etwa 10 000 Betriebe, also jeweils die Hälfte beide Rübenarten anbauen. Darin spiegelt sich die langjährige Erfahrung der Landwirte wider, daß eine günstige Futtermittellieferung des Rindviehs

am besten mit beiden Rübenarten zu erreichen ist, da hierdurch die Periode der kontinuierlichen Saftfuttermittellieferung verlängert wird. So kann bereits im frühen Herbst mit der Verfütterung von Runkelrübenblatt begonnen werden. Anschließend werden die weniger lagerfähigen Kohlrüben und zuletzt (etwa ab Januar) die Runkelrüben verfüttert. Vielfach werden auch beide Rübenarten aus diätetischen Gründen und beim Milchvieh aus Gründen der Einflüsse auf den Milchgeschmack zusammen verfüttert.

Die Anbauflächen der einzelnen Rübenarten je Betrieb bleiben mit wenigen Ausnahmen unter 5 ha, überwiegend sogar nur unter 2 ha. Einmal sind es arbeitswirtschaftliche Gründe, die es nicht gestatten, den Futterhackfruchtanbau allzu sehr auszudehnen. Außerdem muß die Futterhackfruchtfläche dem Saftfuttermittelbedarf der Rindviehherde angepaßt werden. Außer den Runkel- und Kohlrüben fällt in vielen

Der Anbau von Runkel- und Kohlrüben in den Naturräumen 1950 und 1968



Der Umfang des Runkel- und Kohlrübenanbaus in den Betrieben 1967
- Schätzung aus der repräsentativen Bodennutzungshaupterhebung -

	Anbaufläche je Betrieb in ha						Insgesamt	dagegen 1960 ^a
	unter 0,5	0,5 - 1	1 - 2	2 - 5	5 - 10	10 - 20		
Runkelrüben								
Betriebe mit Anbau	5 390	7 900	8 160	1 910	42	8	23 410	31 574
Anbaufläche in ha	1 360	4 790	10 010	4 560	240	100	21 060	28 853
Kohlrüben								
Betriebe mit Anbau	2 750	5 490	8 350	2 400	32	2	19 024	
Anbaufläche in ha	740	3 410	10 140	5 700	200	23	20 213	

a) Betriebe mit 2 und mehr ha Betriebsfläche

Betriebe mit Grünmais 1967
 - Schätzung aus der repräsentativen Bodennutzungserhebung -

	Betriebe mit Grünmais							dagegen 1960 Insgesamt
	Insgesamt 1967	davon mit einer Anbaufläche von ... ha						
		unter 1	1 - 2	2 - 5	5 - 10	10 - 20	20 - 30	
Zahl der Betriebe	630	70	210	250	60	35	5	214
Anbaufläche	2 140	30	290	800	420	480	120	682

Betrieben noch Saffutter in Form von Zucker-
 rübenblattsilage, Grassilage und vereinzelt
 auch Maissilage an. Hinzu kommt auch der
 Markstammkohl.

Wie das Bild zeigt, hat sich der Futter-
 hackfruchtanbau - hier der Runkel- und Kohl-
 rübenanbau - in den Naturräumen des Landes
 recht unterschiedlich entwickelt. Am stärksten
 eingeschränkt wurde besonders der Runkel-
 rübenanbau in der Marsch. Heute haben nicht
 nur die Kohlrüben, sondern auch die Runkel-
 rüben ihre stärksten Ackerflächenanteile auf
 der Geest.

Grünmais

Der Grünmaisbau kann dem Futterhack-
 fruchtanbau in Schleswig-Holstein bisher noch
 keine Konkurrenz machen. Die Zunahmeraten
 waren gerade in den letzten Jahren recht
 niedrig und auch im Jahre 1968 ist die Futter-
 hackfruchtfläche noch etwa zwanzigmal so
 groß wie die Grünmaisfläche. Bisher erreichen
 die vorhandenen Grünmaissorten nur in den
 wärmeren südlichen Landesteilen annähernd
 die für die Silierung erforderliche Milchreife
 (der Körner) und einigermaßen ausreichende
 Erträge.

Der Grünmaisbau und seine Verwertung
 erfordern gegenüber dem Runkel- oder Kohl-
 rübenanbau erhebliche Mehrinvestitionen in
 Form von Häckslern und Silos einschließlich
 Fördereinrichtungen usw., die höher sein
 dürften als bei Mechanisierung der Rüben-
 ernte. Außerdem kann bei der Rüben-
 ernte auf ohnehin im Betrieb oder Lohnunternehmen
 vorhandene Zuckerrübenerntemaschinen zu-
 rückgegriffen werden.

Ertragsvergleiche zwischen Rüben und Grün-
 mais sind schwierig, da für letzteren keine
 repräsentativen Messungsergebnisse vorliegen.
 Bei Runkelrüben kann mit einem mittleren
 Rüben-ertrag von 1 000 dz/ha und einem Blatt-
 ertrag von etwa 300 dz/ha ohne großes Risiko
 gerechnet werden. Daraus errechnet sich ein
 Trockensubstanzertrag von etwa 130 dz/ha. Die
 durchschnittlich erzielbaren Grünmaiserträge
 dürften bei etwa 550 dz/ha Grünmasse, ent-
 sprechend 120 dz/ha Trockenmasse liegen.
 Allerdings gibt es hier erhebliche regionale

Unterschiede. Nach den Versuchsergebnissen
 der Landwirtschaftskammer werden im Kreise
 Schleswig nur drei Viertel des Ertrages im
 Kreise Hzgt. Lauenburg erreicht.

Wenn auch die Grünmaisfläche heute noch
 relativ klein ist, hat sich doch, wie die oben-
 stehende Übersicht zeigt, die Zahl der Grün-
 maisanbauer innerhalb von 7 Jahren etwa
 verdreifacht. Wir können heute mit etwa 600
 bis 650 Betrieben rechnen, die Grünmais
 anbauen, davon knapp die Hälfte großbäuerliche
 und Großbetriebe.

Von den Betrieben mit Maisanbau haben etwa
 85% bis zu 5 ha Anbaufläche, nur etwa 15%
 haben mehr als 5 ha Grünmais angebaut; auf
 sie entfällt allerdings etwa die Hälfte der
 gesamten Anbaufläche des Landes.

Für die Zukunft bleibt abzuwarten, ob es der
 Züchtung gelingt, Maissorten zu züchten, die
 auch in unserem Klima mit für die heutigen
 Maissorten zu niedrigen Jahresdurchschnitts-
 temperaturen überall genügend hohe Erträge
 und den erforderlichen Reifezustand erreichen.
 Erst wenn das erreicht ist, kann der Mais in
 echte Konkurrenz zu den Runkel- und Kohl-
 rüben treten.

Dr. Matthias Sievers

Das Steueraufkommen 1968

Die Schleswig-Holsteiner haben 1968 über
 3,6 Milliarden DM Gemeinde-, Landes- und
 Bundessteuern gezahlt. Das sind 131 Mill. DM
 oder 3,8% mehr als 1967. Der größte Teil
 davon, nämlich 1,96 Milliarden DM oder 54,5%,
 floß in die Kassen des Bundes und 1,16 Mil-
 liarden DM oder 32,2% erhielt das Land.
 Die Gemeinden und Gemeindeverbände mußten
 sich mit 479 Mill. DM oder 13,3% begnügen.
 Dank der günstigeren Entwicklung sind die
 Anteile des Landes um fast zwei Punkte und
 die der Gemeinden um 0,3 Punkte gestiegen,
 während der Anteil des Bundes um zwei
 Punkte zurückging.

Das Land schnitt 1968 am besten ab, indem es über 100 Mill. DM oder 9,7% mehr eingenommen hat als 1967. Damit wurden die Zuwachsraten der letzten drei Jahre um jeweils mehr als zwei Punkte übertroffen. Diese günstige Entwicklung hat das Land weniger den Landessteuern als vielmehr den Gemeinschaftssteuern zu verdanken. Dem Bund haben jedoch die hohen Einnahmen aus dem Steuerverbund nichts genutzt, da seine eigenen kräftig zurückgegangen sind. Sein Aufkommen blieb unverändert bei 1,96 Milliarden DM. Anders sieht es bei den Gemeinden aus, die die Talsohle von 1967 überschritten zu haben scheinen. Ihr Aufkommen erhöhte sich um 27 Mill. DM oder 6%.

Landessteuern

Von den reinen Landessteuern nahm die Kraftfahrzeugsteuer am kräftigsten zu. Die Kraftfahrzeughalter zahlten 133 Mill. DM und damit 10 Mill. DM oder 7,5% mehr in die Landeskassen als im Vorjahr. Entgegengesetzt verlief die Entwicklung bei der Vermögensteuer und der Grunderwerbsteuer. Während die Vermögensteuer 1967 um 13 Mill. DM oder 34,2% zugenommen hatte, verringerte sich ihr Aufkommen 1968 um 5 Mill. DM oder 9,7%. Die Grunderwerbsteuer war demgegenüber 1967 rückläufig und brachte 1968 ein Mehr von 1,1 Mill. DM oder 8%. Die Biersteuer wies mit 0,7 Mill. DM den gleichen Zuwachs auf wie im Vorjahr.

Einnahmen aus Landes- und Bundessteuern

Steuerart	1967	1968	Veränderung in %
	in Mill. DM		
Landessteuern	1 059,0	1 161,4	+ 9,7
darunter			
Vermögensteuer	52,4	47,4	- 9,7
Grunderwerbsteuer	13,3	14,4	+ 8,0
Kraftfahrzeugsteuer	123,6	132,9	+ 7,5
Biersteuer	9,8	10,5	+ 7,5
Bundessteuern	1 962,3	1 963,7	+ 0,1
darunter			
Steuern vom Umsatz	686,4	586,0	- 14,6
Zölle	72,6	77,3	+ 6,5
Tabaksteuer	475,2	480,2	+ 1,0
Steuern vom Einkommen¹	1 292,3	1 441,8	+ 11,6
darunter			
Lohnsteuer	615,8	701,5	+ 13,9
Veranlagte Einkommensteuer	552,2	571,0	+ 3,4
Körperschaftsteuer	110,4	156,7	+ 41,9

1) in den Landes- (63 %) und Bundessteuern (37 %) anteilig enthalten

Bundessteuern

Die wichtigsten Bundessteuern, die Steuern vom Umsatz, erbrachten 1968 in Schleswig-Holstein über 100 Mill. DM oder 14,6% weniger

als 1967. Das Aufkommen ist mit 586 Mill. DM auf den Stand von 1964 zurückgefallen. Das dürfte nicht auf den Konjunkturrückgang, sondern auf die Änderung der Erhebungsform zurückzuführen sein. Seit 1. Januar 1968 wird die Umsatzsteuer in Form einer Mehrwertsteuer und nicht mehr als Allphasen-Bruttoumsatzsteuer erhoben. Von den anderen reinen Bundessteuern ist die Tabaksteuer nur leicht um 5 Mill. DM oder 1% gestiegen und die Zölle brachten 4,7 Mill. DM oder 6,5% mehr ein, nachdem sie 1967 um 9,8% zurückgegangen waren.

Steuern vom Einkommen

Die Steuern vom Einkommen, von denen 1968 dem Land 63% und dem Bund 37% zustanden, haben entscheidenden Einfluß auf das Steueraufkommen beider Ebenen. Sie stellen 78,2% des Landessteueraufkommens und 27,2% vom Steueraufkommen des Bundes in Schleswig-Holstein. Am wichtigsten ist die Lohnsteuer, die mit 701 Mill. DM fast die Hälfte der Steuern vom Einkommen erbringt. Sie hat damit erstmals das Umsatzsteueraufkommen überholt. Sie weist auch mit 86 Mill. DM oder 13,9% die größte Zuwachsrate aller Steuern auf. Überraschenderweise tat die Körperschaftsteuer einen großen Sprung nach vorn. Sie erhöhte sich um 46 Mill. DM oder 41,9% auf 157 Mill. DM. Bei der Einkommensteuer machten sich 1968 die geringen Unternehmergewinne des Veranlagungsjahres 1967 bemerkbar. Sie stieg nur schwach um 19 Mill. DM oder 3,4%.

Gemeindesteuern

Die Steuereinnahmen der Gemeinden sind weitgehend von der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital abhängig, die beinahe zwei Drittel der Gemeindesteuereinnahmen stellen. Die übrigen zehn Gemeindesteuern spielen nur in einzelnen Gemeinden eine Rolle. Fast 307 Mill. DM nahmen die schleswig-holsteinischen Gemeinden an Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ein. Das Aufkommen erhöhte sich gegenüber 1967 um 18 Mill. DM oder 6,4%. Es stellt damit zwei Drittel des Zuwachses der Gemeindesteuern. Die Grundsteuer B brachte 75 Mill. DM und damit knapp ein Sechstel. Sie erhöhte sich um 5,8%. Die Lohnsummensteuer, die nur in zehn Gemeinden erhoben wird, ist mit 34 Mill. DM die drittgrößte Steuer. Sie nahm unterdurchschnittlich, nämlich um 3,9% zu. Einiges Gewicht haben noch die Grundsteuer A, die 29 Mill. DM oder 6% einbrachte, und die Grunderwerbsteuer mit 19 Mill. DM. Ihre Aufkommen erhöhten sich um 1,5% und 12,5%. Alle anderen Gemeindesteuern sind

Gemeindesteuern nach der Art

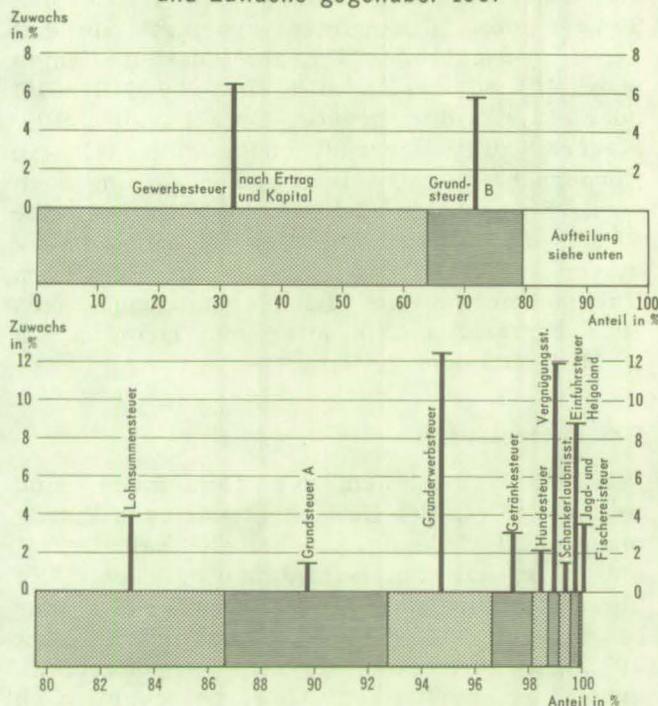
Steuerart	1967		1968	
	Mill. DM		Anteil	Ver- änderung
			in %	
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital	288,3	306,7	64,0	+ 6,4
Grundsteuer B	70,7	74,7	15,6	+ 5,8
Lohnsummensteuer	32,5	33,8	7,1	+ 3,9
Grundsteuer A	28,7	29,1	6,1	+ 1,5
Grunderwerbsteuer	16,7	18,8	3,9	+ 12,5
Gemeindegetränkesteuer	6,9	7,1	1,5	+ 3,1
Hundesteuer	2,8	2,9	0,6	+ 2,2
Vergnügungssteuer	1,9	2,1	0,4	+ 11,9
Schankerlaubnissteuer	1,9	1,9	0,4	+ 1,5
Einfuhrsteuer Helgoland	1,3	1,4	0,3	+ 8,7
Jagd- und Fischereisteuer	0,3	0,3	0,1	+ 3,5
Insgesamt	452,0	479,0	100	+ 6,0

Gemeindesteuern nach der Gemeindegröße 1968

Gemeindegrößenklasse	Insgesamt		Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital ¹	
	Mill. DM	Ver- änderung gegenüber 1967 in %	Mill. DM	Anteil an Sp. 1 in %
Kreisfreie Städte	179,0	+ 4,5	106,9	59,7
Gemeinden mit 20 000 - 50 000 Einw.	78,7	+ 14,1	62,0	78,7
10 000 - 20 000 "	49,3	- 2,8	38,2	77,6
5 000 - 10 000 "	46,8	+ 14,8	36,1	77,1
3 000 - 5 000 "	27,4	- 1,1	19,6	71,6
2 000 - 3 000 "	10,2	+ 18,9	7,0	68,7
weniger als 2 000 "	70,3	+ 2,3	36,9	52,4
Kreisangehörige Gemeinden zusammen	282,7	+ 6,5	199,8	70,7
Kreisverwaltungen	17,2	+ 13,4	-	-
Insgesamt	478,9	+ 6,0	306,7	64,0

D - 4004

Anteil der Gemeindesteuern 1968 und Zuwachs gegenüber 1967



Bagatellsteuern, die nur 3% des gesamten Gemeindesteueraufkommens stellen.

Welchen negativen Einfluß das überragende Gewicht der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital hat, zeigt sich schon bei den zu Größenklassen zusammengefaßten Gemeinde-

1) einschließlich Saldo Gewerbesteuerausgleich

ergebnissen. Sie gibt letztlich den Ausschlag für eine positive oder negative Entwicklung. In zwei Größenklassen sind Mindereinnahmen aufgetreten, und zwar bei den Gemeinden mit 10 000 bis 20 000 Einwohnern, deren Einnahmen um 2,8% zurückgingen, und bei den Gemeinden mit 3 000 bis 5 000 Einwohnern, die 1,1% weniger einnahmen als 1967. In beiden Größenklassen ging auch die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital entsprechend zurück. In den drei Größenklassen mit den höchsten Zuwachsraten: + 18,9% (2 000 bis 3 000 Einwohner), + 14,8% (5 000 bis 10 000 Einwohner) und + 14,1% (20 000 bis 50 000 Einwohner) nahm auch die Gewerbesteuer entsprechend zu. Von den kreisfreien Städten schnitt Kiel mit einer Zunahme von 4 Mill. DM am günstigsten ab. Flensburg und Neumünster weisen Mehreinnahmen von 2,6 und 1,4 Mill. DM nach. Demgegenüber verminderten sich die Einnahmen für Lübeck infolge rückläufiger Gewerbesteuereinnahmen um 0,3 Mill. DM.

Die Kreisverwaltungen haben nur geringe Steuereinnahmen. Sie beliefen sich auf 17 Mill. DM und erhöhten sich um 13,4%. Den Hauptanteil, nämlich fast neun Zehntel, stellt die Grunderwerbsteuer.

Dipl.-Volksw. Walter Dahms

Vergleiche auch: "Das Landes- und Bundessteueraufkommen 1967" und "Gemeindesteuern 1967" in Stat. Monatsh. S.-H. 1968, S. 46 (Februar) und S. 69 (März)

ERLÄUTERUNGEN: Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen. Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1 - 5": "1 bis unter 5". Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

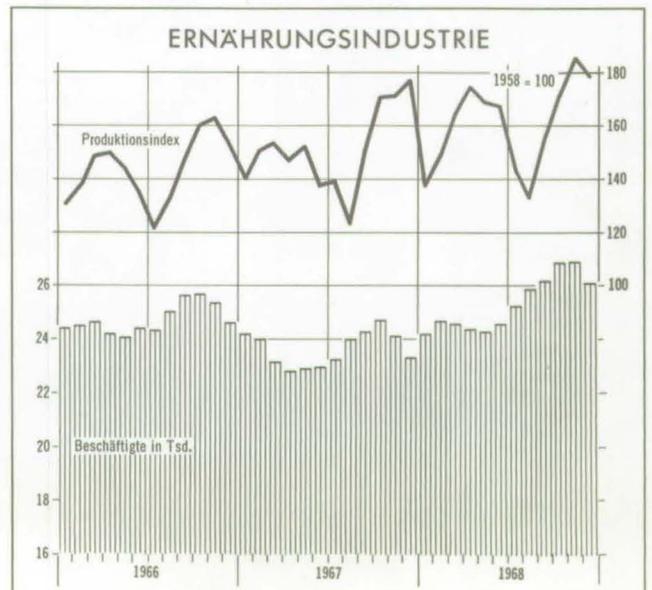
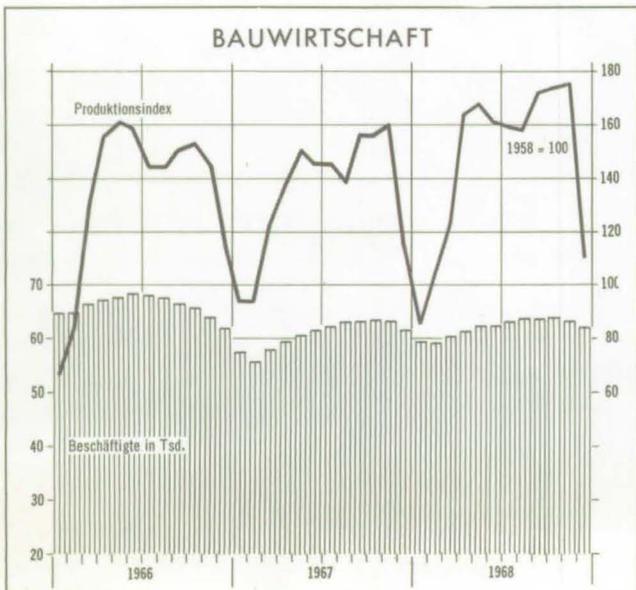
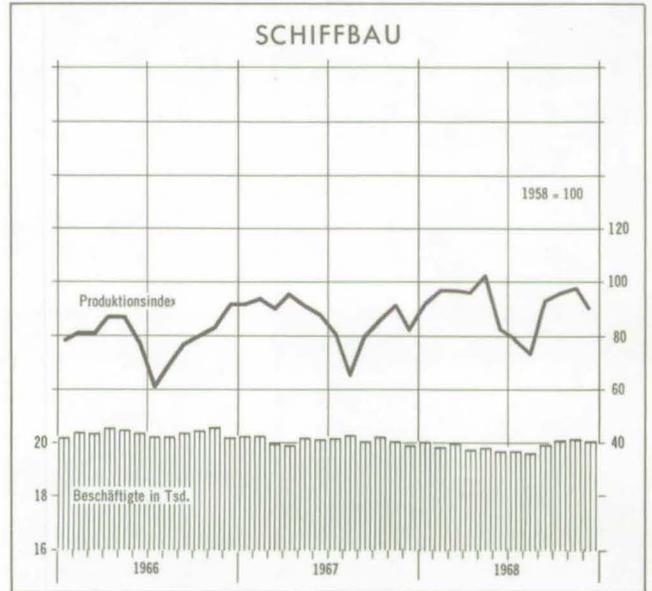
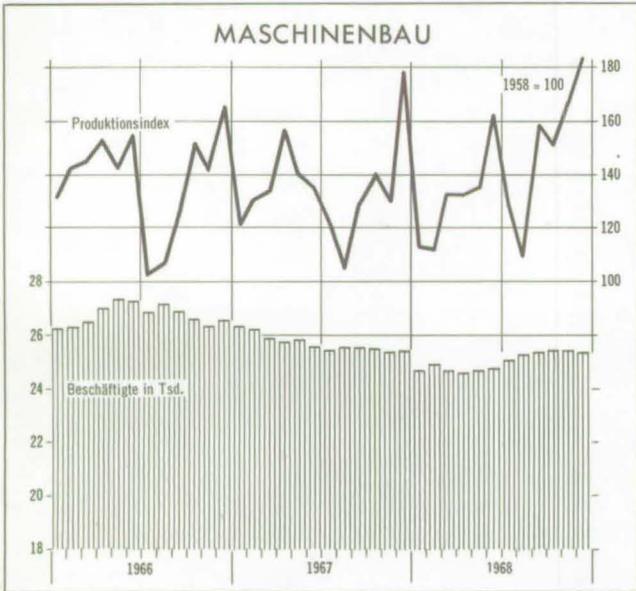
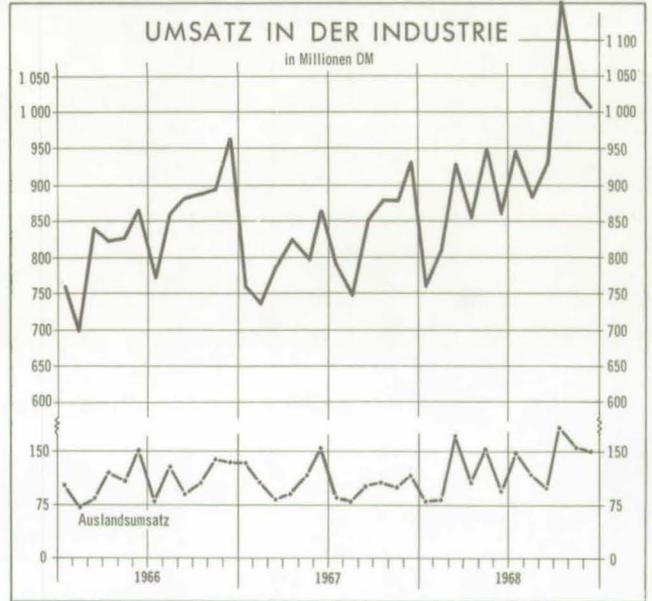
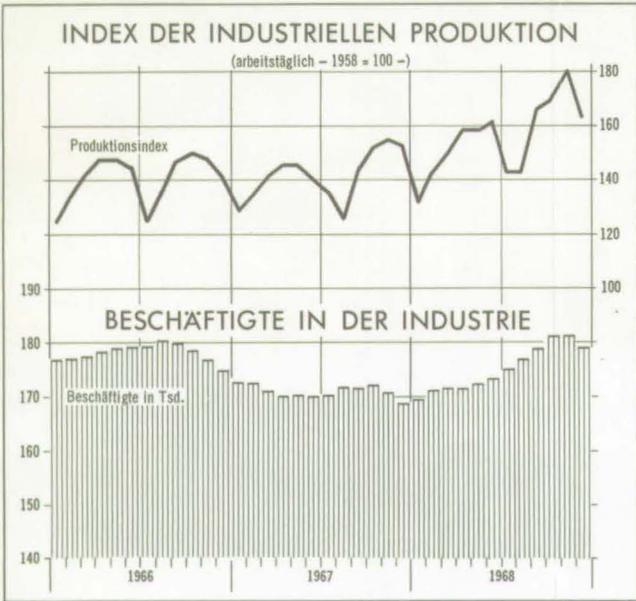
. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt

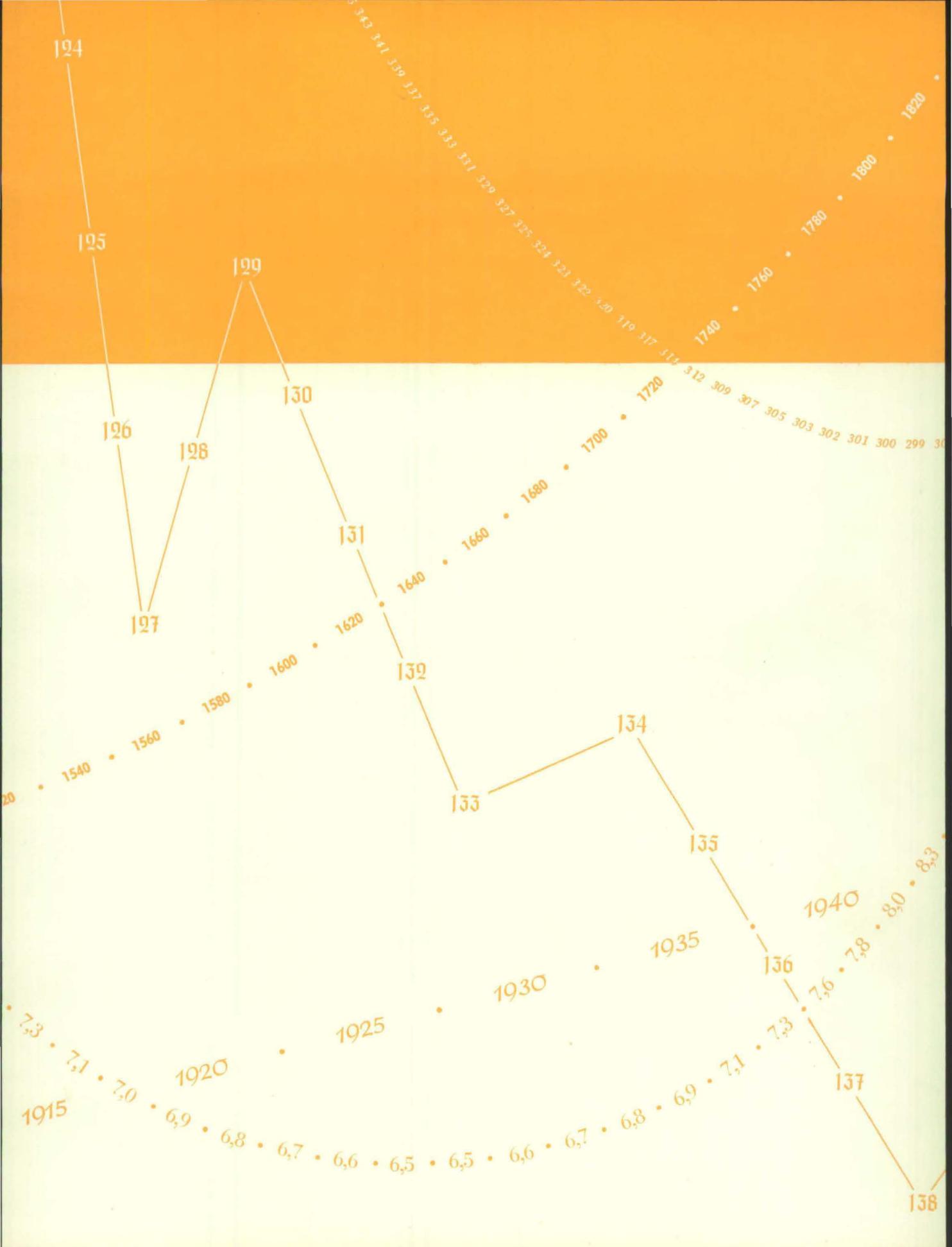
Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeiterverdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach; Mühlenweg 166; Fernruf 4 36 02

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korscheya

Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen